

Statistik und Informationsmanagement Monatshefte

Herausgeberin:
Landeshauptstadt Stuttgart

Themen

10/2017

**Energetisches Sanierungsverhalten privater Haus-
und Wohnungseigentümer
Ergebnisse einer Eigentümerbefragung in Stuttgart**

**2015 nahezu 15 000 Pflegebedürftige in der
Landeshauptstadt Stuttgart**

Stuttgart Spitzenreiter bei der wirtschaftlichen Leistungskraft
unter den Großstädten

Wohnungseinbrüche in Stuttgart deutlich zurückgegangen

Wechselwähler in Stuttgart seit 2006

Neue interaktive Oberfläche zur Datenvisualisierung
im Internet: Statistikatlas Stuttgart



Aktuelle Grafik:	
Stuttgart Spitzenreiter bei der wirtschaftlichen Leistungskraft unter den Großstädten	275
Kurzbeiträge:	
Wohnungseinbrüche in Stuttgart deutlich zurückgegangen	276
Wechselwähler in Stuttgart seit 2006	277
Neue interaktive Oberfläche zur Datenvisualisierung im Internet: Statistikatlas Stuttgart	280
Hauptbeiträge:	
Energetisches Sanierungsverhalten privater Haus- und Wohnungseigentümer Ergebnisse einer Eigentümerbefragung in Stuttgart	282
2015 nahezu 15 000 Pflegebedürftige in der Landeshauptstadt Stuttgart	292
Veröffentlichungen zu den Themen	Rückseite

Impressum:

Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 10/2017

Herausgeberin:

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt, Eberhardstraße 39, 70173 Stuttgart
Telefon 0711 216-98587, Telefax 0711 216-98570
E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de
Internet: www.stuttgart.de/statistik

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Thomas Schwarz

Preis pro Monatsheft: 4 €



Stuttgart Spitzenreiter bei der wirtschaftlichen Leistungskraft unter den Großstädten

Werner Münzenmaier¹

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen gilt allgemein als Indikator für die Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft, es steht darüber hinaus für die Arbeitsproduktivität und gibt Hinweise für den materiellen Wohlstand einer Region. Im Monatsheft 7/2017 konnte herausgearbeitet werden, dass das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Stuttgart zwischen 2000 und 2014 besonders stark zugenommen hat, wodurch die baden-württembergische Landeshauptstadt unter den Großstädten Deutschlands vom 5. auf den 2. Platz hinter Frankfurt am Main vorgerückt ist. Nach den inzwischen vorliegenden Daten des Arbeitskreises VGR der Länder belegte Stuttgart 2015 sogar den 1. Rang mit knapp 100 000 Euro je Erwerbstätigen, weil zwischen 2014 und 2015 diese Größe in Stuttgart mit + 7,4 Prozent deutlich stärker angestiegen ist als in Frankfurt mit + 0,7 Prozent. Ursächlich war vor allem, dass in Stuttgart die Bruttowertschöpfung im dort nach wie vor fest verankerten Verarbeitenden Gewerbe um 19,3 Prozent zugenommen hat, in der Bankenmetropole Frankfurt die Wertschöpfung des dort dominierenden Bereichs Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Immobilienwesen dagegen nur um 3,2 Prozent.

Auch im Zeitraum 2000 bis 2015 ragt Stuttgart beim Verarbeitenden Gewerbe mit einem Wertschöpfungszuwachs um 90,6 Prozent und einer Erwerbstätigenabnahme um 9,5 Prozent heraus, in Deutschland insgesamt waren es + 41,9 und - 4,0 Prozent. Die damit verbundene deutliche Produktivitätssteigerung Stuttgarts ist im Wesentlichen auf den Automobilbau zurückzuführen.

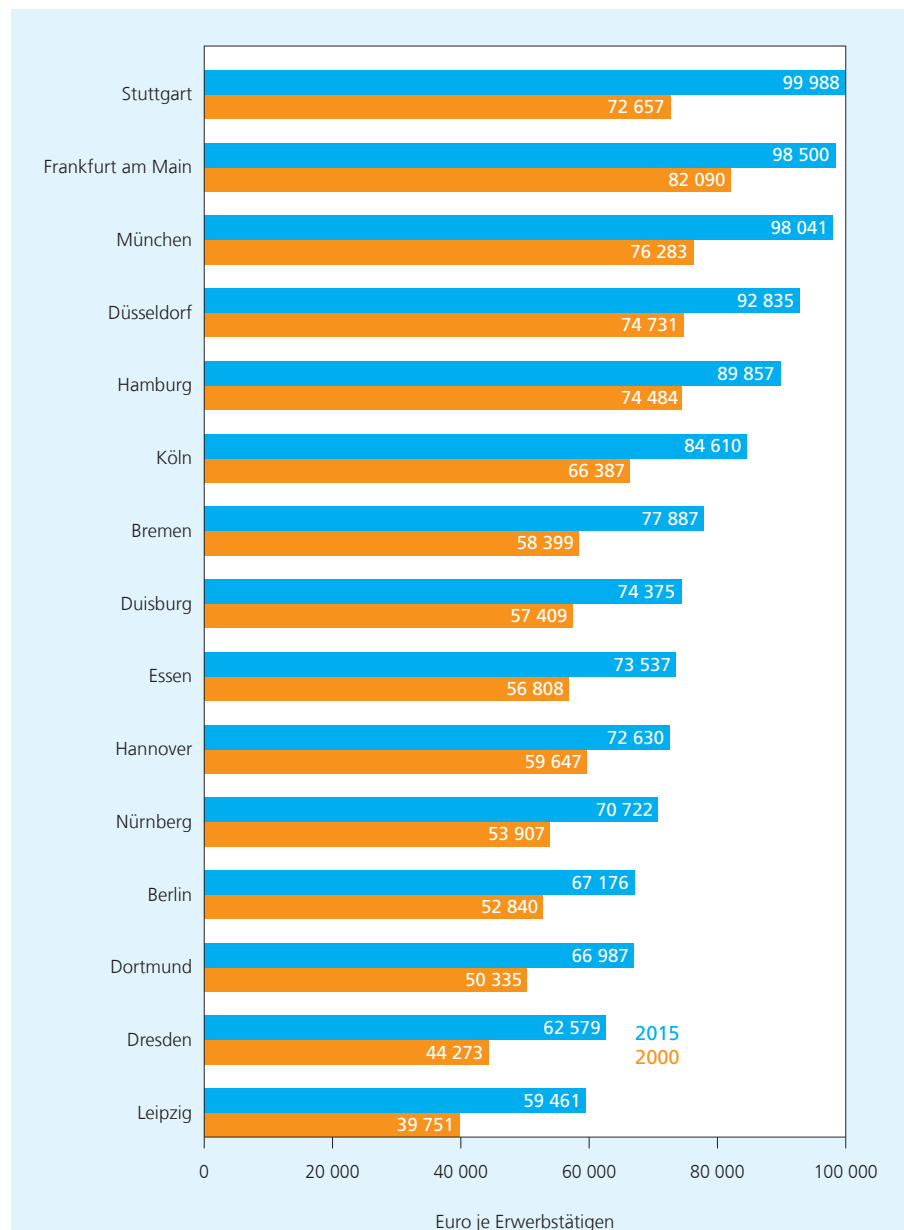
Unter den Großstädten erzielte Stuttgart 2000 bis 2015 mit + 27 331 Euro je Erwerbstätigen die mit Abstand höchste Zunahme der wirtschaftlichen Leistungskraft; lediglich München konnte mit + 21 758 Euro je Erwerbs-

tätigen die 20 000er-Marke noch übertreffen, Leipzig und Bremen mit 19 710 beziehungsweise 19 488 Euro je Erwerbstätigen wenigstens knapp erreichen. Prozentual betrachtet liegen die beiden sächsischen Städte Leipzig mit + 49,6 und Dresden mit + 41,3 Prozent vorne, dahinter folgt schon Stuttgart mit + 37,6 Prozent vor Bremen und Dortmund mit + 33,4 und + 33,1 Prozent.

Gleichwohl bleiben Leipzig, Dresden und Dortmund auch 2015 zusammen mit Berlin am Ende der Rangskala, der Abstand zum Spitzenreiter Stuttgart beträgt für diese vier Städte stattliche 40 bis 33 Prozent.

¹ Dr. Werner Münzenmaier war Referent im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg und dort unter anderem für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen zuständig.

Abbildung: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den Großstädten Deutschlands 2000 und 2015



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMuNIS

Wohnungseinbrüche in Stuttgart deutlich zurückgegangen

Robert Gunderlach

Im Jahr 2016 ereigneten sich in der Baden-Württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart laut Polizeikriminalitätsstatistik (PKS) insgesamt 685 Wohnungseinbrüche. Das sind unzweifelhaft 685 Wohnungseinbrüche zu viel. Gleichwohl sind dies 218 Wohnungseinbrüche weniger als im Jahr 2015. Ein Rückgang um ein Viertel oder 24,1 Prozent. Ein Erfolg der Stuttgarter Kriminal- und insbesondere der Einbruchsprävention, etwa durch mehr soziale Kontrolle durch Nachbarschaft, Auflösung der Anonymität, Sicherheitstechnik für Türen und Fenster usw. (vgl. hierzu das Themenheft 2/2016 des Statistischen Amtes).

Dabei gibt es in den einzelnen Stadtbezirken auch 2016 deutliche Unterschiede. Der Stadtbezirk Vaihingen verzeichnete beispielsweise mit einem absoluten Rückgang von 69 Wohnungseinbrüchen (- 52,3 %) den positivsten Kurzzzeitrend. Gefolgt vom Stadtbezirk S-Süd mit einem Rückgang von absolut 50 Wohnungseinbrüchen (- 45,9 %), dem Stadtbezirk

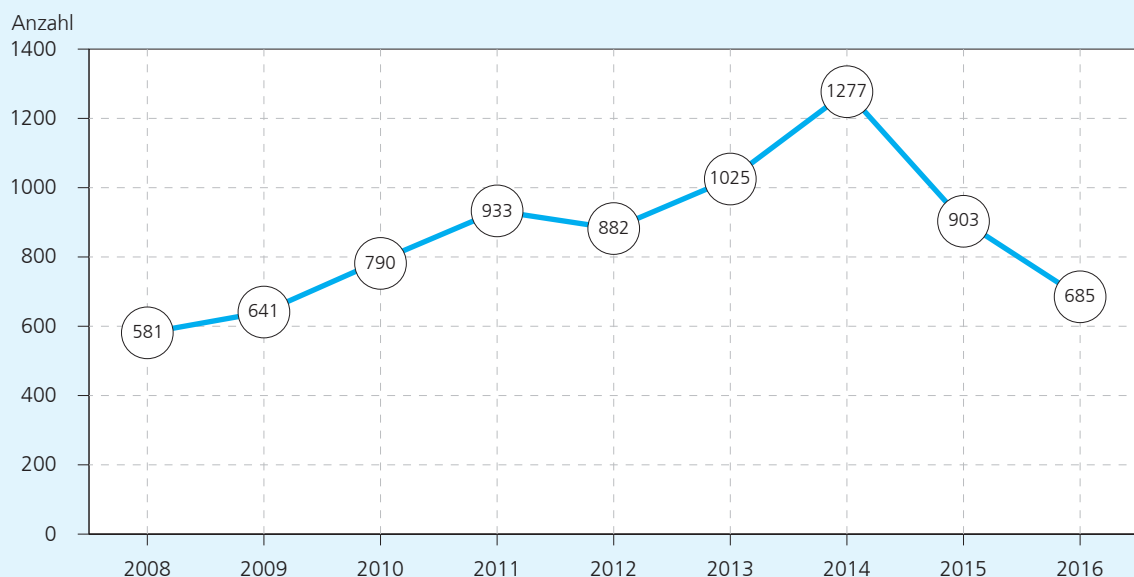
S-Ost mit absolut 33 Wohnungseinbrüchen weniger (- 30,3 %) und dem Stadtbezirk Mühlhausen mit absolut 24 Wohnungseinbrüchen weniger (- 66,7 %). Zu einer leichten absoluten Zunahme an Wohnungseinbrüchen, also einem negativen Kurzzzeitrend, kam es dagegen in Feuerbach (+ 10 Einbrüche), Stammheim (+ 9), Plieningen (+ 5), Obertürkheim (+ 5), S-Nord (+ 3) und Bad Cannstatt (+ 2). Diese Kurzzzeitrends hängen von vielen Faktoren ab wie zum Beispiel situative Gelegenheitsstruktur und Anzeigeverhalten der Bevölkerung.

Der Langzeittrend 2008 bis 2016 für die Landeshauptstadt zeigt insgesamt, dass bis auf die Jahre 2008/2009 deutlich mehr Wohnungseinbrüche stattfanden als 2016 und damit ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Flüchtlingszuzug und Wohnungseinbrüchen nicht hergestellt werden kann. Die folgende Grafik zeigt die Zahlen: Seit 2008 mit knapp 600 Wohnungseinbrüchen sind diese bis zum Höhepunkt im Jahr 2014 stark auf beinahe 1300 Wohnungs-

einbrüche angestiegen. Danach reduzierte sich deren Zahl wieder deutlich auf zunächst 903 im Jahr 2015 und schließlich auf 685 zum Jahresende 2016.

Anfang 2017 sind in Stuttgart wieder mehr Wohnungseinbrüche geschehen. Vorwiegend osteuropäische Tätergruppen stehen hier im Verdacht. Die Forderung nach härteren Strafen (Mindeststrafe ein Jahr) und einem eigenen Straftatbestand „Einbruchdiebstahl“, die ein Gesetzentwurf der Regierungskoalition CDU/CSU und SPD bei Wohnungseinbrüchen vorsieht, ist in einer Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages bei Experten aber umstritten, ob dadurch die Wohnungseinbrüche signifikant gesenkt werden können (Newsletter Heute im Bundestag (HiB) Nr. 391 von 22.6.2017). Darin heißt es etwa: „Professionell tätige Einbrecher hätten ein Entdeckungsrisiko von unter fünf Prozent, deshalb liefen die Maßnahmen ins Leere. Es sei Tagträumerei, eine relevante Täterzahl abschrecken zu können.“

Abbildung: Wohnungseinbrüche in Stuttgart 2008 bis 2016



Quelle: PKS Polizeipräsidium Stuttgart, Sozialmonitoring

Wechselwähler in Stuttgart seit 2006

Anke Schöb

Das Statistische Amt der Stadt Stuttgart führt seit 2005 zu jeder Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahl in Stuttgart eine Wahltagsbefragung in 20 Stuttgarter Wahllokalen durch. Dabei werden Wähler nach Verlassen des Wahllokals gebeten, einen zwei-seitigen Fragebogen auszufüllen. Ziel der Befragung ist das Wählerverhalten nach soziodemografischen und strukturellen Merkmalen zu untersuchen. In diesem Kontext wird seit der Landtagswahl 2006 die Frage gestellt, ob die Wähler die gleiche Partei wählen oder ob sie die Partei wechseln („Wählen Sie seit Jahren im Allgemeinen die gleiche Partei oder wechseln Sie ab?“). Der Anteil der so erfassten Wechselwähler liegt zwischen 49 (Landtagswahl 2006) und 59 Prozent (Landtagswahl 2016). Wie die nachfolgende Abbildung zeigt, ist die Entwicklung der Wechselwähler über alle Wahlen eher stabil, mit einer deutlichen Mehrheit, welche angibt,

die Partei gewechselt zu haben. Für die nachfolgende Analyse wurden die Daten der verschiedenen Wahltagsbefragungen zusammengeführt (kumuliert) um mögliche Unterschiede zwischen den Wahlen aufzuspüren. Personen, die angegeben haben, zum ersten Mal gewählt zu haben, sind von der weiteren Analyse ausgeschlossen.

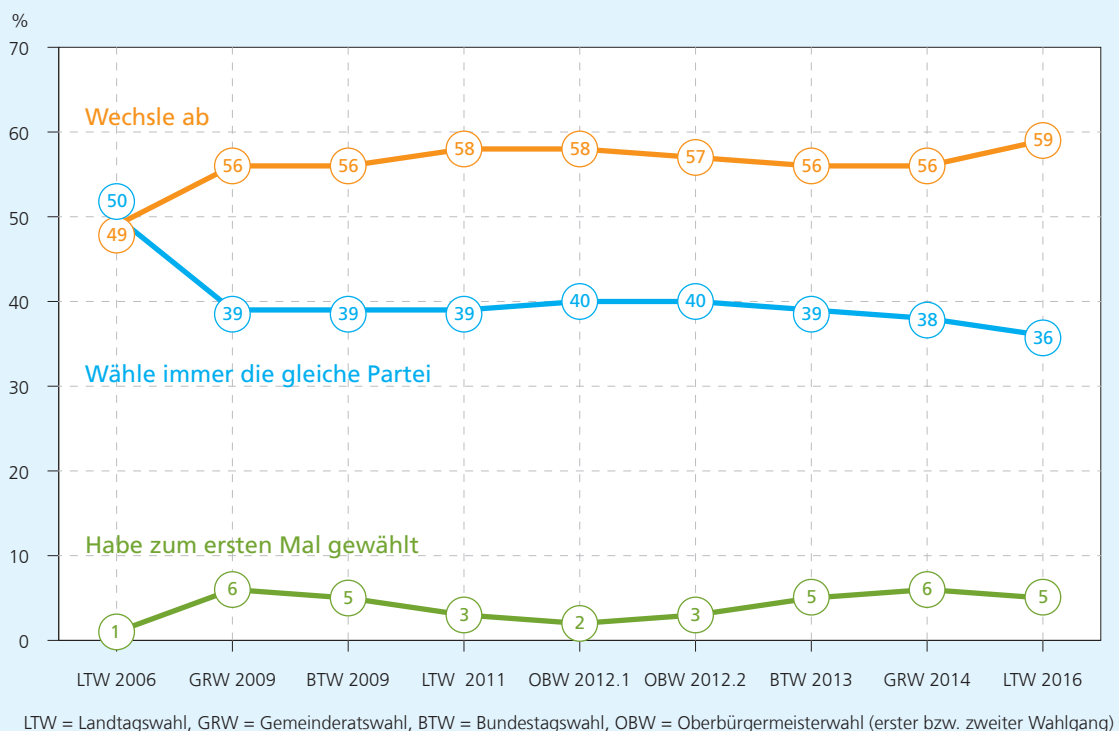
Tabelle 1 zeigt die Wechselwähleranteile nach demografischen und strukturellen Merkmalen. Dabei neigen insbesondere Personen mit einem formal höheren Bildungsabschluss dazu die Partei zu wechseln. Den höchsten Anteil erreichen Personen mit Fachhochschulabschluss beziehungsweise Hochschulabschluss. Dieser Zusammenhang zwischen formalen Bildungsabschluss und Wahlverhalten zeigt sich bei allen Wahlen. Differenziert nach den Altersgruppen zeigt sich folgender Zusammenhang mit

der Wechselbereitschaft: Die jüngste Altersgruppe hat eine niedrigere Wechselwahlbereitschaft. In den mittleren Altersgruppen von 25 bis unter 55 Jahren ist die Bereitschaft eine andere Partei zu wählen am höchsten; besonders hoch ist der Anteil bei den 25- bis 34-Jährigen. Die Bereitschaft sinkt dann in der Altersgruppe ab 65 Jahren deutlich ab. Dieser Zusammenhang ist bei allen Wahlen festzustellen. Eine Ausnahme zeigt sich bei der Bundestagswahl 2013: Hier gibt die jüngste Altersgruppe bis 24 Jahren an, am häufigsten die Partei zu wechseln.

Bezogen auf die konfessionelle Eingebundenheit zeigen sich Wechselwähler eher keiner Religionsgemeinschaft zugehörig: 64 Prozent der Befragten, die keiner Religionsgemeinschaft zugehörig sind, sind Wechselwähler. Das Muster zeigt sich bei allen Wahlen.

277

Abbildung: Wechselwähler in Stuttgart seit 2006



Quelle: Stuttgarter Wahltagsbefragungen 2006 bis 2016

Tabelle 1: Wechselwähleranteile in Stuttgart seit 2006 nach demografischen und strukturellen Merkmalen

	Wähle immer die gleiche Partei	Wechsle ab	Anzahl als Spalten (%)
Insgesamt	41	59	100
Geschlecht			
Männlich	39	61	49
Weiblich	44	56	51
Schulabschluss			
Volks-und Hauptschulabschluss	53	47	14
Mittlere Reife, Realschulabschluss	44	56	23
Fachhochschulreife, Abitur	40	60	21
Fachhochschulabschluss, Hochschulabschluss	36	64	42
Altersklassen			
Unter 25 Jahre	42	58	5
25 bis 34 Jahre	36	64	18
35 bis 44 Jahre	38	62	18
45 bis 54 Jahre	37	63	18
55 bis 64 Jahre	41	59	15
65 Jahre und älter	51	49	25
Religionsgemeinschaft			
Katholisch	44	56	26
Evangelisch	43	57	43
Andere christliche	43	57	3
Andere nicht christliche	39	61	2
Keiner	36	64	26
Kirchgangshäufigkeit			
Einmal bis mehrmals in der Woche	52	48	6
Ein- bis dreimal im Monat	45	55	8
Mehrmals im Jahr	42	58	19
Selten	41	59	42
Nie	38	62	25
Gewerkschaftsmitglied			
Ja	42	58	14
Nein	41	59	86
Links-Rechts-Einstufung			
Links 0	43	57	2
1	46	54	2
2	38	62	9
3	37	63	16
4	33	67	16
5	37	63	28
6	39	61	11
7	44	56	8
8	48	52	5
9	58	42	1
Rechts 10	63	37	2
Mittelwert	4,8	4,5	4,6

Ohne Erstwähler.

Links-Rechts-Einstufung nur erfragt bei BTW 2009, LTW 2011, BTW 2013, GRW 2014 und LTW 2016. Nicht erfragt bei BTW 2005, LTW 2006,

GRW 2009, OBW 2012 1. und 2. Wahlgang,

LTW = Landtagswahl, GRW = Gemeinderatswahl, BTW = Bundestagswahl, OBW = Oberbürgermeisterwahl.

Quelle: Stuttgarter Wahltagsbefragungen 2006-2016 (kumulierte Daten)

Wechselwähler stufen sich besonders häufig eher in der linken Mitte auf einer 11-stufigen Links-Rechts-Skala ein, also dort wo die „Partei-enauswahl“ am größten ist¹: Zwei Drittel der Befragten, die sich beim Skalenwert 4 einstufen, sind Wechselwähler. Von den Befragten, die den Skalenwert 10 (rechts) angeben, sind 37 Prozent Wechselwähler und 63 Prozent Stammwähler. Allerdings umfasst dies auch nur zwei Prozent der Wähler. Insgesamt zeigt sich das Muster bei allen Wahlen, bei denen die Links-Rechts-Orientierung erhoben wurde. Mit einer Ausnahme bei der Landtagswahl 2016: Hier geben Befragte am rechten Pol häufiger an, dass sie die Partei wechseln. Ein Grund hierfür könnte das erste Auftreten der AfD bei der Landtagswahl in Stuttgart sein, die sich insgesamt im rechten Spektrum findet.² Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft hat keine Bedeutung für einen Unterschied zwischen Stamm- und Wechselwählern.

Die dargestellten Befunde zu den Wechselwählern in Stuttgart lassen sich vergleichen mit den Ergebnissen aus dem Bereich der bundesweiten Wahlforschung. Dort werden Wech-

selwähler zumeist als Wähler definiert, die zu zwei Zeitpunkten bei vergleichbaren Wahlen unterschiedlich wählen. Dabei werden zwei indirekte Methoden verwendet, um die Wechselwähler zu identifizieren. Mit der Recall-Frage oder Rückerinnerungsmethode werden Personen zum Zeitpunkt der zweiten Wahl nach ihrem aktuellen Wahlverhalten sowie nach dem Wahlverhalten bei der vorhergehenden Wahl in der Vergangenheit gefragt. Das Verfahren steht allerdings in der Kritik, die Wechselwähler zu unterschätzen, da Personen sich schlecht erinnern können und ihr Wahlverhalten an das aktuelle Wahlverhalten anpassen.³ So wechselten bei der Bundestagswahl von 2005 auf 2009 35 Prozent der Befragten die Partei.⁴

Mit der zweiten, der Panelmethode, werden Personen zur ersten betrachteten Wahl nach ihrem Wahlverhalten gefragt; dieselben Personen werden zur zweiten betrachteten Wahl wieder nach ihrem aktuellen Stimmverhalten gefragt. Vergleicht man beide Angaben miteinander, kann man feststellen, ob sie übereinstimmen oder nicht. Dabei zeigt sich, dass die meisten Wechselwähler nur gelegentlich

die Partei wechseln und die Mehrheit der Wechsel innerhalb der politischen Lager geschieht. Insgesamt geben 47 Prozent der Befragten an, bei den Bundestagswahlen 2005, 2009 und 2013 dieselbe Partei gewählt zu haben. 53 Prozent der Befragten wechselten mindestens einmal ihre Wahlentscheidung.⁵

Der hier definierte Wechselwähler wird über die Selbsteinstufung direkt erfasst. Hier kann davon ausgegangen werden, dass die Befragten den Begriff weniger eng verwenden als die Wahlforschung definiert und sich dann bereits als Wechselwähler sehen, wenn sie bei Wahlen auf verschiedenen Ebenen (Landtags-, Gemeinderats-, Bundestagswahl) unterschiedlich gewählt haben. Dies könnte erklären, warum der Anteil an Wechselwählern hier höher ausfällt. Die Eigenschaften des Wechselwählers sind nach dieser Untersuchung ein formal höherer Bildungsabschluss, mittleres Alter (25 bis unter 35 Jahre), konfessionsungebunden und im mittleren Links-Rechts-Spektrum verortet. Dieses Profil mag ein Grund sein, weswegen der Wechselwähler für die Parteien interessant ist, weil er in der Mitte der Gesellschaft zu finden ist.

1 Vgl. Schwarz (2016a).

2 Auf der Links-Rechts-Skala erzielt die AfD einen Punktwert von 6,1 vgl. Schwarz (2016b: 25).

3 Vgl. Schoen (2009).

4 Vgl. Weßels (2011): 47.

5 Vgl. Blumenstiel/Wiegand (2014): 143.

Literaturverzeichnis:

Blumenstiel, Jan Eric; Wiegand, Elena (2014): Wechselwähler, S. 133-144, In: Schmitt-Beck, Rüdiger u.a. (Hrsg.): Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013. Baden-Baden.

Schoen, Harald (2009): Wenn ich mich recht erinnere... Zur Validität von Rückerinnerungsfragen, S. 259-279. In: Schoen, Harald; Rattinger, Hans; Gabriel, Oskar (Hrsg.): Vom Interview zur Analyse. Methodische Aspekte der Einstellungs- und Wahlforschung. Baden-Baden.

Schwarz, Thomas (2016a): Die politische Selbsteinschätzung der Stuttgarter Wähler am Beispiel der Landtagswahl 2016, Statistik und Informationsmanagement 6/2016, S. 147-152.

Schwarz, Thomas (2016b): Die Landtagswahl am 13. März 2016 in Stuttgart. Eine Analyse des Wahlverhaltens in räumlicher und sozialstruktureller Differenzierung, Statistik und Informationsmanagement, Themenheft 1/2016. Stuttgart.

Weßels, Bernhard (2011): Schwankende Wähler: Gefährden Wechselwähler die Demokratie?, S. 43-57. In: Bytzek, Evelyn; Roßteutscher, Sigrid (Hrsg.): Der unbekannte Wähler. Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen. Frankfurt.

Neue interaktive Oberfläche zur Datenvisualisierung im Internet: Statistikatlas Stuttgart

Regina Keppeler

Das Statistische Amt stellt über sein Informationssystem seit vielen Jahren ein breites Spektrum an statistischen Informationen im Internet bereit. Statistische Tabellen, Grafiken und Karten wurden bisher hauptsächlich in statischer Form auf separaten Seiten dargestellt.

Um zukünftig noch besser unterschiedliche Gebiete vergleichen zu können, wurde der interaktive „Statistikatlas Stuttgart“ entwickelt, welcher es ermöglicht, Daten aus unterschiedlichen Perspektiven in einer Oberfläche zu betrachten. Er ist unter www.stuttgart.de/statistikatlas aufzurufen und erscheint wie in Abbildung 1 dargestellt.

Das intuitiv zu bedienende Werkzeug bietet eine Vielzahl an Interaktionsmöglichkeiten:

① Über „Thema“ können vorberechnete Anteilswerte ausgewählt werden, welche übersichtlich in 15 Themen gruppiert sind. Schwerpunkt sind Kennzahlen zur Bevölkerung, welche durch Daten zu Flächennutzung, Bautätigkeit, Kfz und Tourismus ergänzt werden. Ein so ausgesuchter Hauptindikator wird dann gleichzeitig in einer Tabelle, einer Karte, einem Zeitreihendiagramm und in einem Balkendiagramm zum innergemeindlichen Vergleich dargestellt. Es lassen sich auch mehrere Gebietseinheiten anklicken. Auf diese Weise können die gewünschten räumlichen, zeitlichen und innerstädtischen Vergleiche durchgeführt werden.

② Fast alle Kennzahlen sind auf den „Ebenen“ der Stadtbezirks- und Stadtteilgliederung vorhanden.

③ Über den „Filter Stadtbezirk“ lässt sich die Auswahl einschränken. Dies bietet sich insbesondere auf der Ebene der Stadtteilgliederung an.

④ Für fast alle Kennzahlen gibt es Werte seit dem Jahr 2000. Das jeweilige Jahr ist in der Zeitleiste auswählbar. Der Jahrgangswchsel lässt sich auch animiert abspielen.

⑤ Die Tabelle enthält als Ergänzung zum Hauptindikator in der Regel zwei weitere Spalten. Hier werden zu den Anteilswerten Absolutzahlen oder die prozentuale Differenz bezogen auf ein Basisjahr angegeben. Nach jeder Spalte kann sortiert werden. Daraus ergibt sich eine weitere Möglichkeit, Kennzahlen und Gebiete einzuordnen. Um die Regeln der statistischen Geheimhaltung nicht zu verletzen, werden im Einwohnerbereich auf Stadtteilebene nur gerundete Werte ab 5 dargestellt.

Abbildung 1: Karten-Ansicht im Statistikatlas Stuttgart

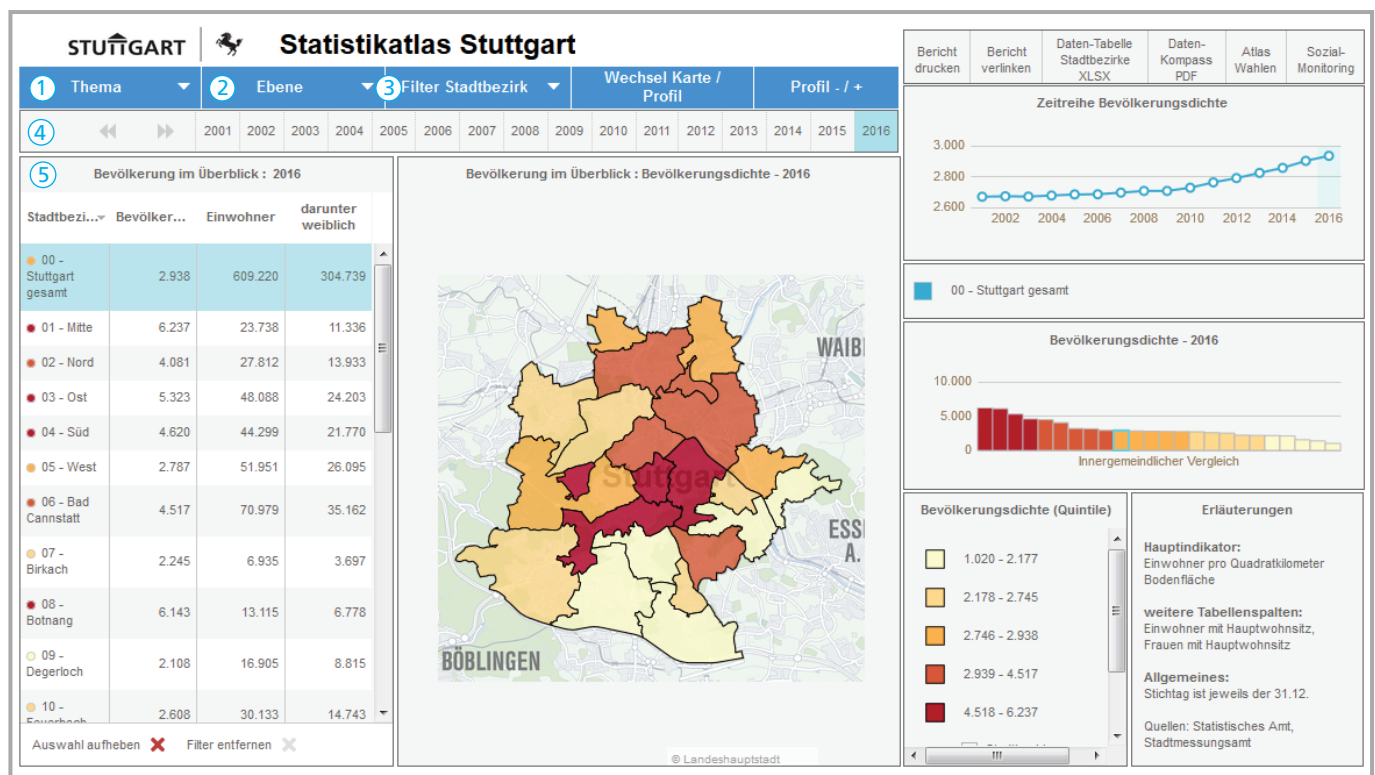
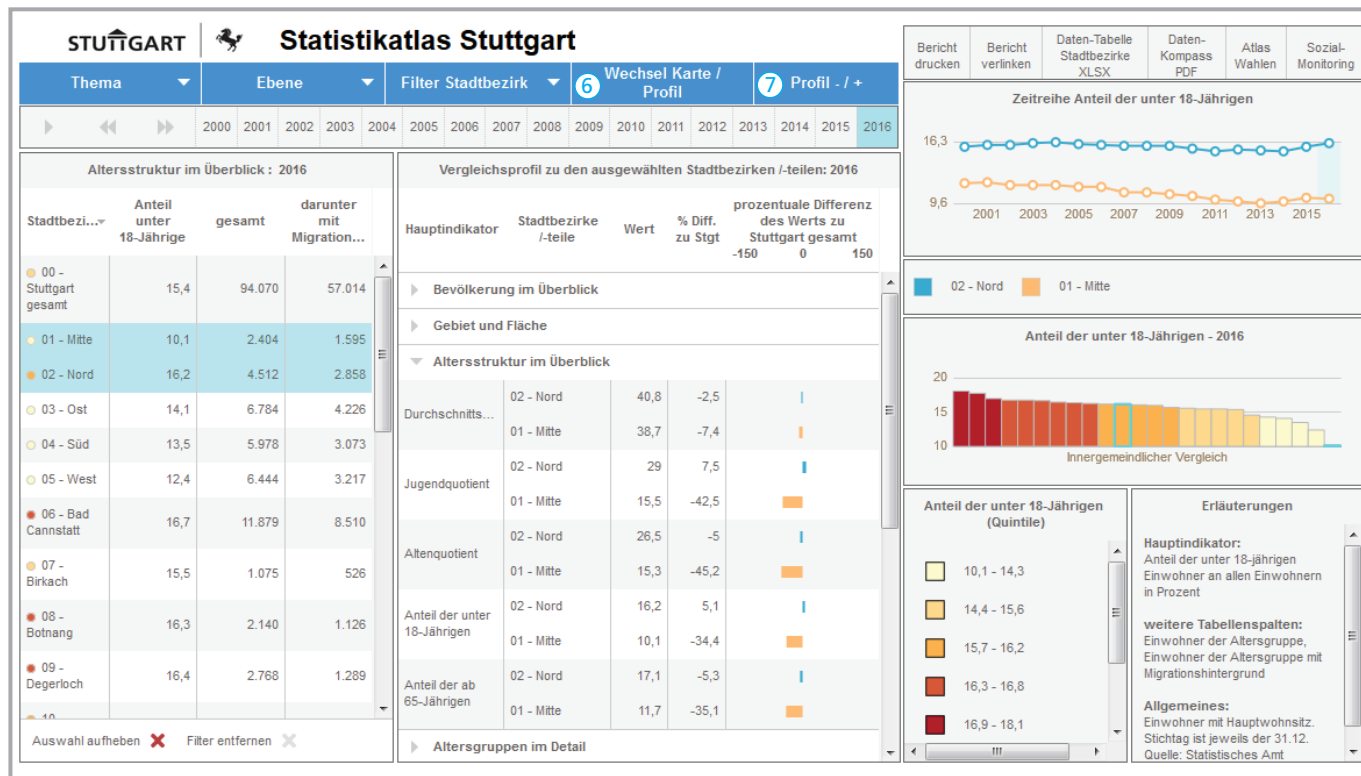


Abbildung 2: Profilsicht im Statistikatlas Stuttgart



⑥ Interessiert man sich besonders für einen oder mehrere spezifische Stadtbezirke oder Stadtteile, so kann man diese markieren und von der Karten-Ansicht zur „Profil“-Ansicht wechseln, welche in Abbildung 2 gezeigt wird. Dort werden zu den ausgewählten Gebietseinheiten sämtliche Hauptindikatoren und deren prozentuale Differenz zur Gesamtstadt angegeben. Man erhält dadurch eine quantitative Beschreibung der Gebiete und eine Einordnung von Kennzahlen unter einem ganz anderen Aspekt.

⑦ Befindet man sich in der Profil-Ansicht, lassen sich einzelne Themen gezielt auf- und zuklappen.

In der Anwendung ist eine Fülle an Informationen enthalten: Mehr als 60 Hauptindikatoren, zwei Zusatzspalten in der Tabelle, neben der Kartendarstellung auch eine Zeitreihendarstellung und ein Ranking der Gebietseinheiten, außerdem das Vergleichsprofil zu den ausgewählten Gebietseinheiten in Tabellenform mit der prozentualen Differenz zur Gesamtstadt. Der zeitliche Bezug ist

auf Stadtbezirks- und Stadtteilebene zurück bis ins Jahr 2000 möglich. In der Summe enthält der Statistikatlas Stuttgart mehr als 600 000 Einzelwerte. Sämtliche Daten werden aus dem Data Warehouse des Statistischen Amtes gewonnen, welches das Statistische Amt seit 2008 betreibt und sukzessive ausbaut. Zurzeit werden Prozeduren erstellt, damit die Aktualisierung, Ausweitung und Anpassung des Angebots an neue Erfordernisse durch eine weitgehende Automatisierung Unterstützung findet.

Tobias Held

Energetisches Sanierungsverhalten privater Haus- und Wohnungseigentümer Ergebnisse einer Eigentümerbefragung in Stuttgart

Klimaschutzziel der Landeshauptstadt zielt auch auf den Gebäudebereich

Die Landeshauptstadt Stuttgart hat sich ein ambitioniertes Klimaschutzziel gesetzt: Sie will bis 2050 klimaneutral werden (Landeshauptstadt Stuttgart 2016). Das heißt, Stuttgart will die Treibhausgasemissionen bezogen auf 1990 um 95 Prozent senken und den Endenergieverbrauch halbieren. Ein zentraler Schlüssel zum Erreichen des Klimaschutzziels liegt im Gebäudebereich. Denn in Deutschland entfallen etwa 35 Prozent des Endenergieverbrauchs und fast 30 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen auf den Gebäudebestand. Entsprechend verfolgt die Bundesregierung das Ziel, bis 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen. Bis dahin soll Energie durch energieeffiziente Gebäudehüllen und Anlagentechnik eingespart beziehungsweise durch erneuerbare Energien ersetzt werden.

Private Haus- und Wohnungseigentümer sind die wichtigste Zielgruppe für die energetische Gebäudesanierung

Private Eigentümer stellen die mit Abstand größte Eigentümergruppe am gesamten Stuttgarter Wohnungsbestand. Von den insgesamt 310 000 Wohnungen entfallen rund 77 Prozent auf nicht-institutionelle Eigentümer von Wohnraum (Privatpersonen und Gemeinschaften von Wohnungseigentümern/-innen). Das sind fast 240 000 Wohnungen. Daher ist diese Eigentümergruppe für die energetische Optimierung des Gebäudebestands besonders wichtig. Um ein möglichst umfassendes Bild über das Sanierungsgeschehen im Wohnungsbestand sowie die individuellen Beweggründen privater Wohnungseigentümer für oder gegen eine Sanierungsentscheidung zu erhalten, hat das Statistische Amt in Kooperation mit dem Amt für Umweltschutz im Februar und März 2016 eine standardisierte Befragung von Immobilieneigentümern durchgeführt. Mit der sogenannten „Eigentümerbefragung zur Energiewende“ wurden 3866 zufällig ausgewählte Privatpersonen mit Wohneigentum in Stuttgart befragt. Insgesamt 1341 Immobilieneigentümer haben sich an der Umfrage beteiligt, was einer Rücklaufquote von 34,7 Prozent entspricht.

Privateigentümer sind überwiegend im mittleren und höheren Alter

Fast die Hälfte der Eigentümer ist 65 Jahre und älter

Die Altersstruktur der beteiligten Eigentümer wird stark durch Ältere dominiert. Fast die Hälfte der Eigentümer ist 65 Jahre und älter. Jeder vierte Privateigentümer zählt zudem zur Altersgruppe 75plus. Gerade einmal 12 Prozent der Eigentümer sind unter 45 Jahre alt. Ursächlich dafür ist, dass vermögensbedingt ein Immobilienerwerb überwiegend erst in späteren Lebensphasen realisiert wird. Auch profitieren vorwiegend die Generationen ab 45 Jahren von Erbschaften. Somit weicht die Altersstruktur der Immobilienbesitzer mit Wohneigentum in Stuttgart deutlich von der relativ jungen Bevölkerungsstruktur der Landeshauptstadt ab (vgl. Abbildung 1).

Drei von vier Wohnhäusern privater Eigentümer wurden vor 1978 gebaut

Wie Abbildung 2 zeigt, entspricht das Alter des Gebäudebestands der privaten Wohneigentümer annähernd dem des gesamten Stuttgarter Wohngebäudebestands. Geringfügig unterrepräsentiert sind vor 1948 gebaute Wohngebäude, während Gebäude jüngerer Baujahre leicht überdurchschnittlich in der Hand privater Eigentümer sind.

Abbildung 1: Altersstruktur privater Eigentümer in Stuttgart

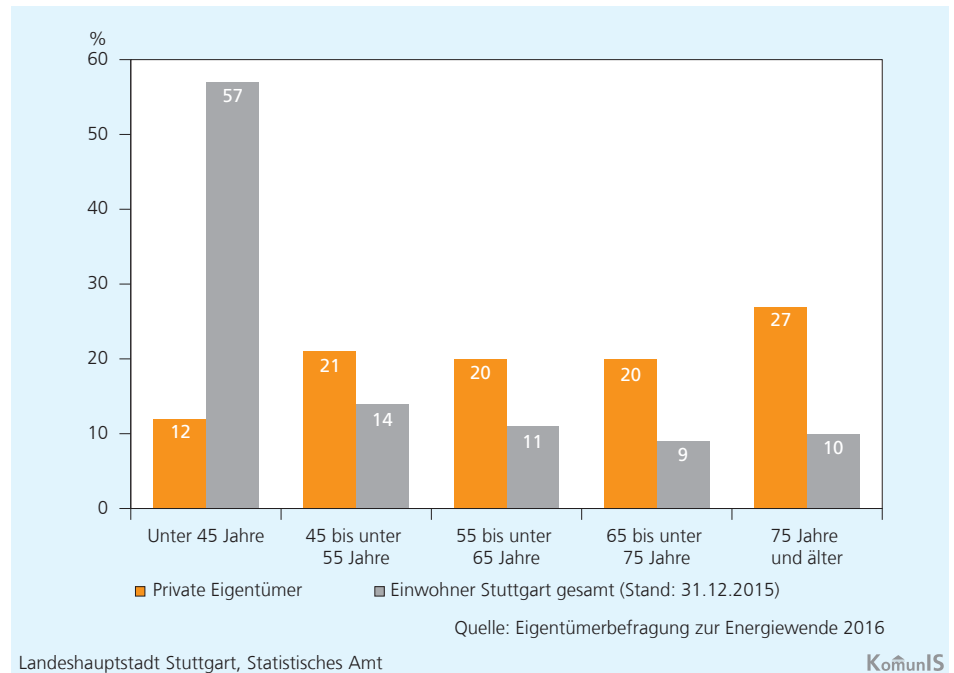
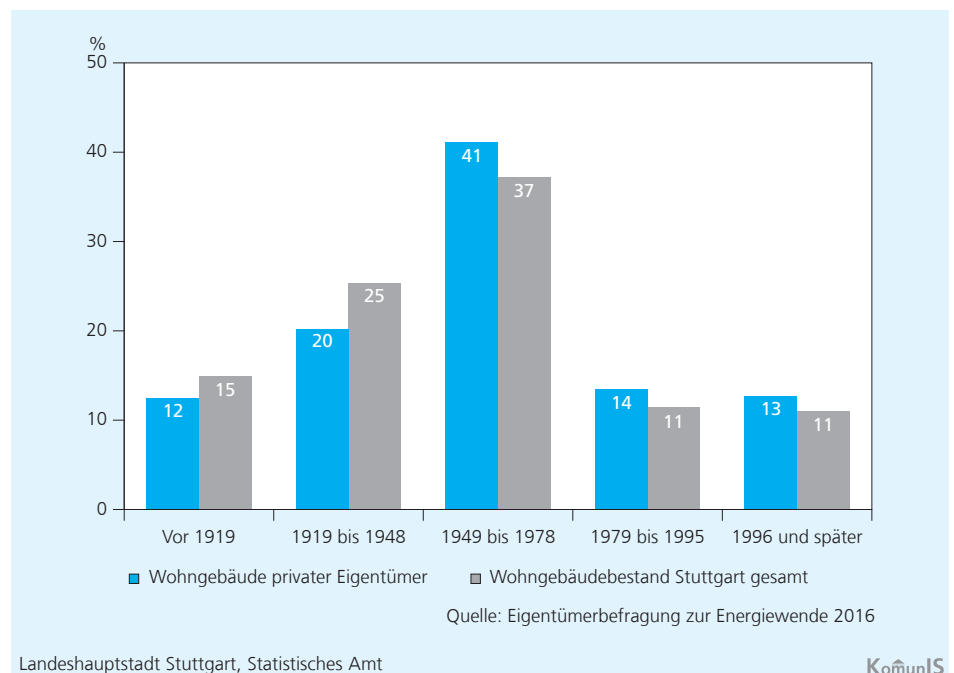


Abbildung 2: Wohngebäudebestand privater Eigentümer in Stuttgart nach Baujahr



Nur ein geringer Anteil der Wohngebäude ist bereits energetisch umfassend saniert

Austausch der Fenster häufigste Sanierungsmaßnahme

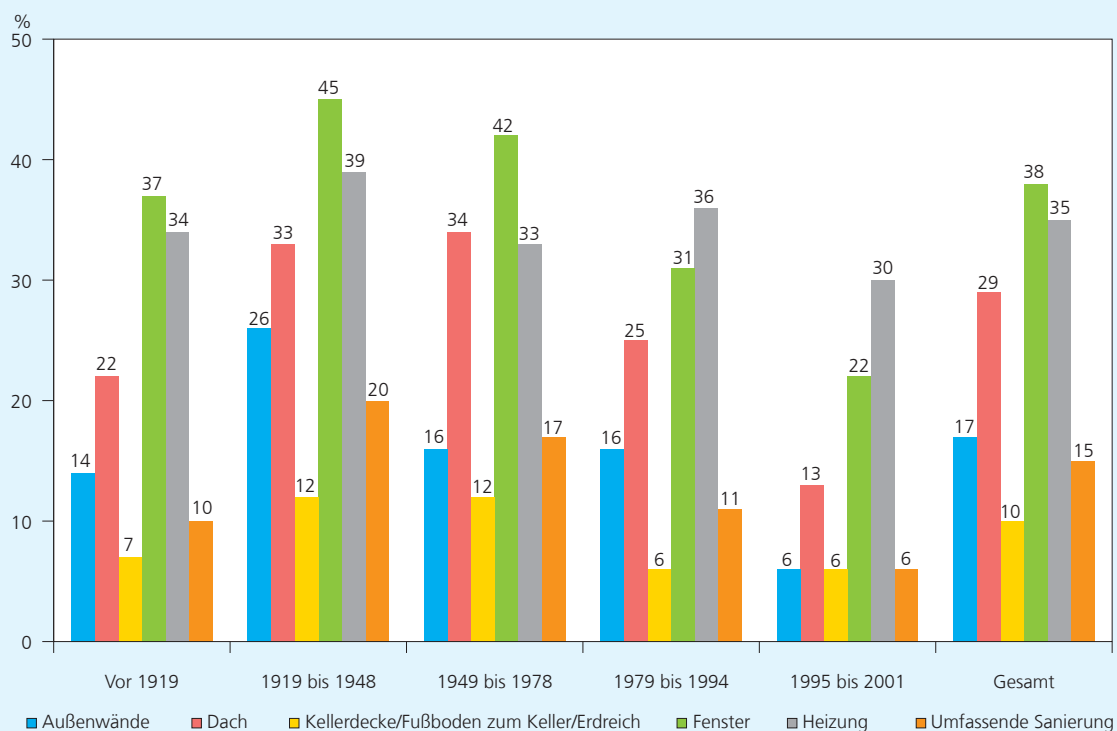
Die Auswertungen der Befragung zeigen, dass seit Einführung der Energieeinsparverordnung (EnEV) im Jahr 2002 bereits an vielen Stuttgarter Wohngebäuden Einzelmaßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz durchgeführt wurden. Die häufigste Modernisierungsmaßnahme bei den vor 2002 errichteten Wohngebäuden ist die Erneuerung alter Fenster. So haben seit 2002 knapp 38 Prozent der Gebäude eine moderne Wärmeschutzverglasung erhalten. Am zweithäufigsten erneuerten beziehungsweise optimierten die Immobilienbesitzer die Heizungsanlage (35 % der Gebäude). Bei 29 Prozent der Gebäude wurde das Dach beziehungsweise die oberste Geschossdecke saniert. Eine Wärmedämmung an der Fassade haben inzwischen 17 Prozent der Gebäude erhalten. Insgesamt sind allerdings erst 15 Prozent

Für 39 Prozent der Wohngebäude steht noch eine komplette energetische Sanierung an

der betrachteten Wohngebäude energetisch umfassend (drei von vier der o.g. Sanierungsmaßnahmen) saniert. Private Immobilienbesitzer sanieren also lieber in kleinen Schritten und wenn die Maßnahme für die Instandhaltung sowieso getätigt werden muss als in einem Zug eine energetische Komplettanierung anzugehen. Dass eine umfassende energetische Sanierung in vielen Fällen unterbleibt, ist vermutlich vor allem auf die fehlende Bereitschaft zur Finanzierung der erforderlichen Kosten zurückzuführen (vgl. Stieß et al 2010; Renz/Hacke 2016). Bei etwa 39 Prozent der betrachteten Wohngebäude waren zum Befragungszeitpunkt noch keine Maßnahmen zur Ertüchtigung der Gebäudehülle oder Erneuerung der Heizwärmeerzeugung umgesetzt. Somit besteht bei einem hohen Anteil des Wohngebäudebestands ein großer Sanierungsbedarf und noch ein erhebliches Energieeinsparpotenzial.

Den zahlenmäßig größten Anteil am Stuttgarter Wohnungsbestand haben Gebäude der Baujahre 1949 bis 1978 mit etwa 40 Prozent (vgl. Abbildung 2). Gerade diese Gebäude weisen aufgrund des geringen Wärmeschutzstandards die größten flächenbezogenen Heizenergieverbräuche auf und lassen daher auf große Energieeinsparpotenziale schließen. Sie wurden etwas häufiger umfassend saniert (17 % der Gebäude) als Gebäude der Baujahre ab 1979 (vgl. Abbildung 3). Die höchste Sanierungsquote haben Altbauten der Baujahre 1919 bis 1949 (20 Prozent umfassend saniert).

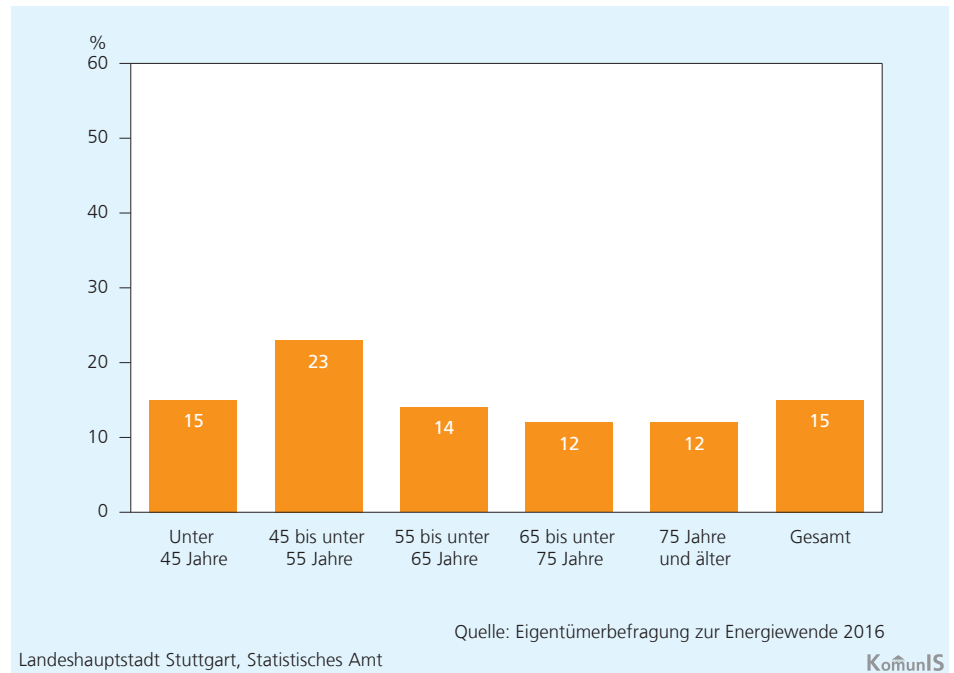
Abbildung 3: Sanierungsmaßnahmen in vor 2002 errichteten Wohngebäuden privater Eigentümer in Stuttgart nach Baujahr



Quelle: Eigentümerbefragung zur Energiewende 2016

Der Blick auf die Sanierungsaktivitäten in den verschiedenen Altersgruppen zeigt, dass die aktivsten Sanierer in der Gruppe der 45- bis unter 55-Jährigen zu finden sind: Knapp 23 Prozent der Wohneigentümer haben seit 2002 eine umfassende Sanierung durchgeführt. Erwartungsgemäß ist die Sanierungsaktivität in höherem Alter aufgrund des kürzeren Investitionshorizonts deutlich niedriger. Lediglich 12 Prozent der Eigentümer in der zahlenmäßig bedeutendsten Altersgruppe ab 65 Jahre haben bereits eine umfassende Sanierung realisiert (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Anteil der Eigentümer mit umfassend saniertem Gebäude in Stuttgart nach Altersklassen

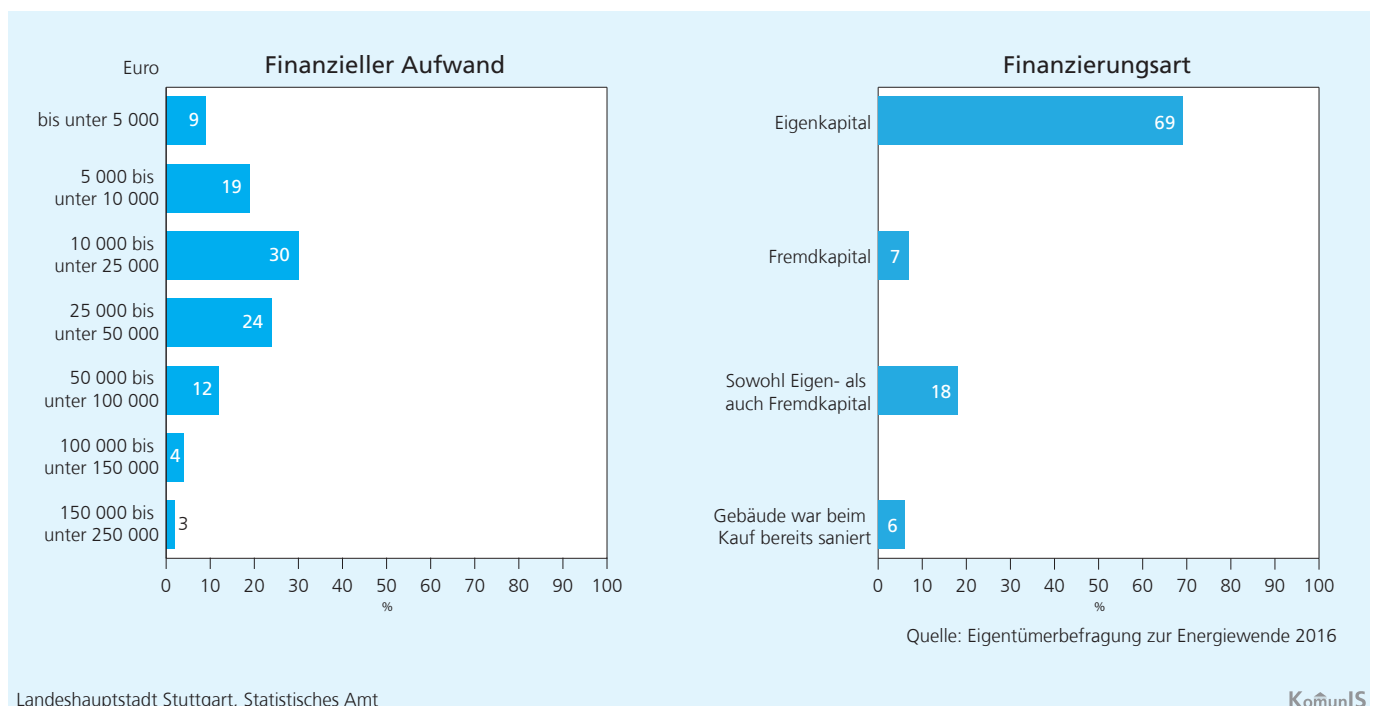


Energetische Sanierungsmaßnahmen werden vorwiegend über Eigenkapital finanziert

Die Vorliebe der Privateigentümer zur schrittweisen Sanierung ihres Hauses spiegelt sich bei den Investitionskosten wider. So gab die Mehrheit der Eigentümer (54 %), die seit 2002 Maßnahmen zur Verbesserung der Energiebilanz ihres Hauses durchgeführt haben, zwischen 10 000 und 50 000 Euro für die Sanierungsmaßnahmen aus. Etwa ein Viertel steckte bis zu 10 000 Euro in niederschwellige Einzelmaßnahmen. Größere Summen von über 50 000 Euro für eine vollumfängliche energetische Sanierung investierten hingegen knapp 18 Prozent der Eigentümer (vgl. Abbildung 5 links).

285

Abbildung 5: Finanzieller Aufwand und Finanzierungsarten von energetischen Sanierungsmaßnahmen privater Eigentümer in Stuttgart

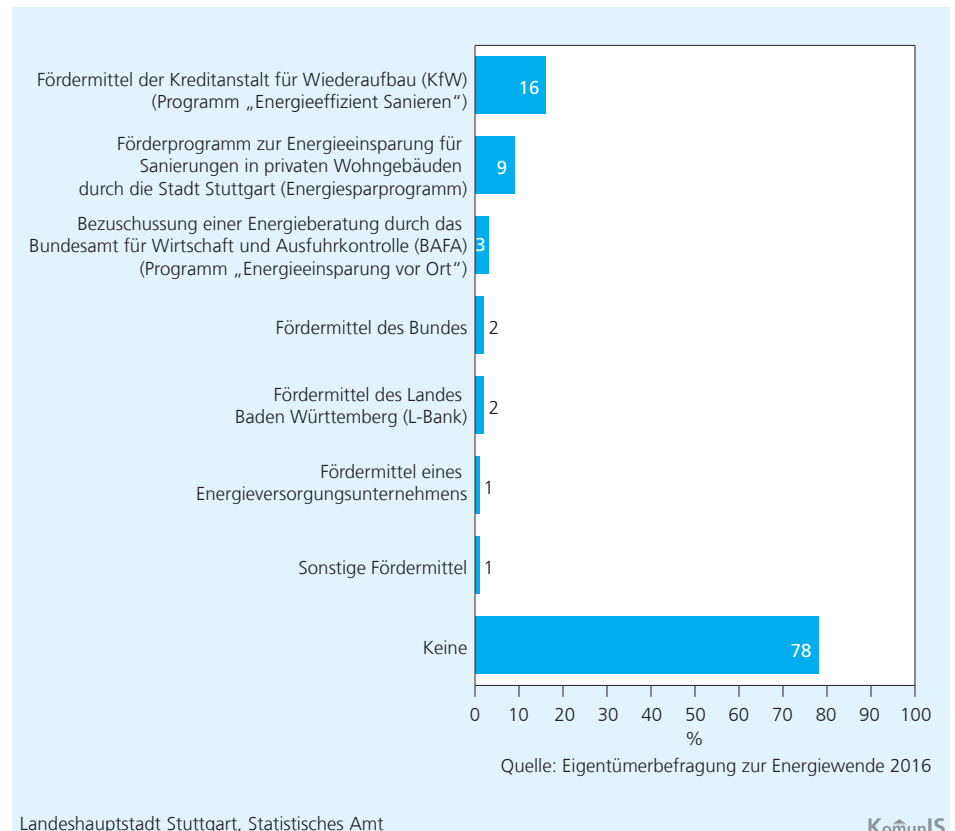


Zur Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen nimmt nur ein kleiner Teil der privaten Eigentümer einen (weiteren) Kredit auf. Zudem ist die Kreditbeschaffung bei älteren Eigentümern und Eigentümergemeinschaften von den Banken beschränkt. Rund zwei Drittel der Eigentümer mobilisierte für die Sanierungsmaßnahmen allein Eigenkapital. Sowohl Eigen- als auch Fremdkapital setzten rund 18 Prozent der Eigentümer ein. Lediglich 7 Prozent verwendeten nur Fremdkapital und in 6 Prozent der Fälle war das Gebäude bereits beim Kauf saniert (vgl. Abbildung 5 rechts).

Förderprogramme zur energetischen Sanierung werden kaum genutzt

Immobilien Eigentümern steht für die energetische Modernisierung ihres Hauses eine Vielzahl an Fördermitteln und Finanzierungshilfen zur Verfügung, die es gilt wirksam zu kombinieren. Neben der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) bieten auch das Land, die Stadt Stuttgart und die EnBW AG eigene Förderprogramme an. Der Bund fördert mit dem KfW-Programm „Energieeffizient Sanieren“ energiesparende Modernisierungsvorhaben durch zinsverbilligte Darlehen mit Tilgungszuschüssen sowie Zuschussvarianten. Jedoch hat die Förderung keinen herausragenden Einfluss. Denn nur rund 16 Prozent der Privateigentümer, die seit 2002 sanierten, nahmen Förderung im KfW-Programm in Anspruch. Das zweitwichtigste Förderprogramm für die Stuttgarter Wohneigentümer ist das städtische Energiesparprogramm, mit dem die Stadt seit 1998 energetische Sanierungsmaßnahmen in privaten Wohngebäuden bezuschusst. Jeder zehnte Sanierer erhielt Fördermittel aus diesem Programm. Die überwiegende Mehrheit der privaten Eigentümer (78 %) trägt die Kosten der energetischen Gebäudesanierung jedoch allein (vgl. Abbildung 6). Ein Grund für die geringe Inanspruchnahme von Förderung könnte darin liegen, dass viele der Förderprogramme für die Verbraucher noch zu unübersichtlich und komplex sind (vgl. Henger/Hude 2017).

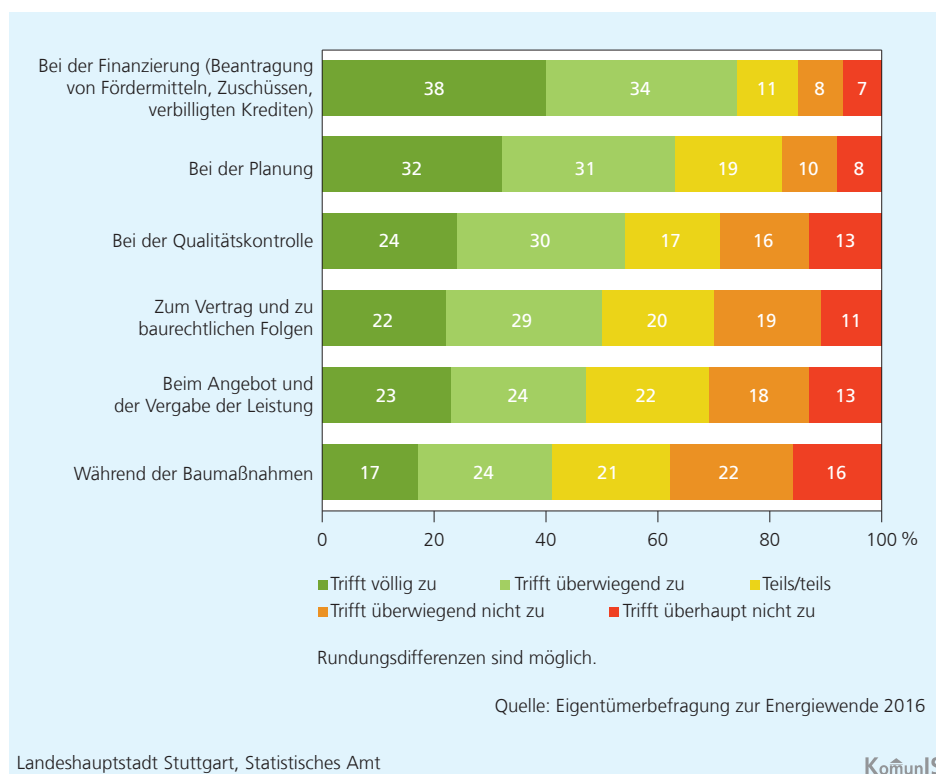
Abbildung 6: Inanspruchnahme von Fördermitteln/Förderprogrammen durch private Eigentümer in Stuttgart



Hoher Beratungsbedarf für die energieeffiziente Sanierung

Privateigentümer haben aufgrund der Komplexität des Themas generell einen hohen Beratungsbedarf für die energetische Sanierung ihrer Gebäude. Wertvolle Unterstützung für die Planung, Umsetzung und Qualitätssicherung der energetischen Sanierung kann eine Energieberatung geben. Der Staat fördert verschiedene Beratungsangebote für die energetische Sanierung von Wohngebäuden, wie die Beratung der Verbraucherzentrale, die Vor-Ort-Beratung durch einen Energieberater sowie die Energetische Fachplanung und Baubegleitung. Beratungsangebote rund um die Themen energetische Gebäudesanierung und Fördermöglichkeiten sprechen die meisten Eigentümer an. Hausbesitzer, die vor (erneuten) Sanierungsmaßnahmen stehen, wünschen sich in erster Linie (73 % der Befragten) Unterstützung beim Thema Maßnahmenfinanzierung, also bei der Beantragung von Fördermitteln, Zuschüssen und verbilligten Krediten. Die Mehrheit der Eigentümer wünscht sich zudem Beratung zu den Themen Planung, Qualitätskontrolle sowie Vertrag und Baurecht. Auch für die Leistungsvergabe und während der Baumaßnahme ist bei über 40 Prozent der Eigentümer Beratung gewünscht (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7: Gewünschte Beratungsangebote zur energetischen Sanierung von privaten Eigentümern in Stuttgart



287

Energieausweis kaum verbreitet

Nur etwa jeder dritte Privateigentümer hat einen Energieausweis für sein Gebäude

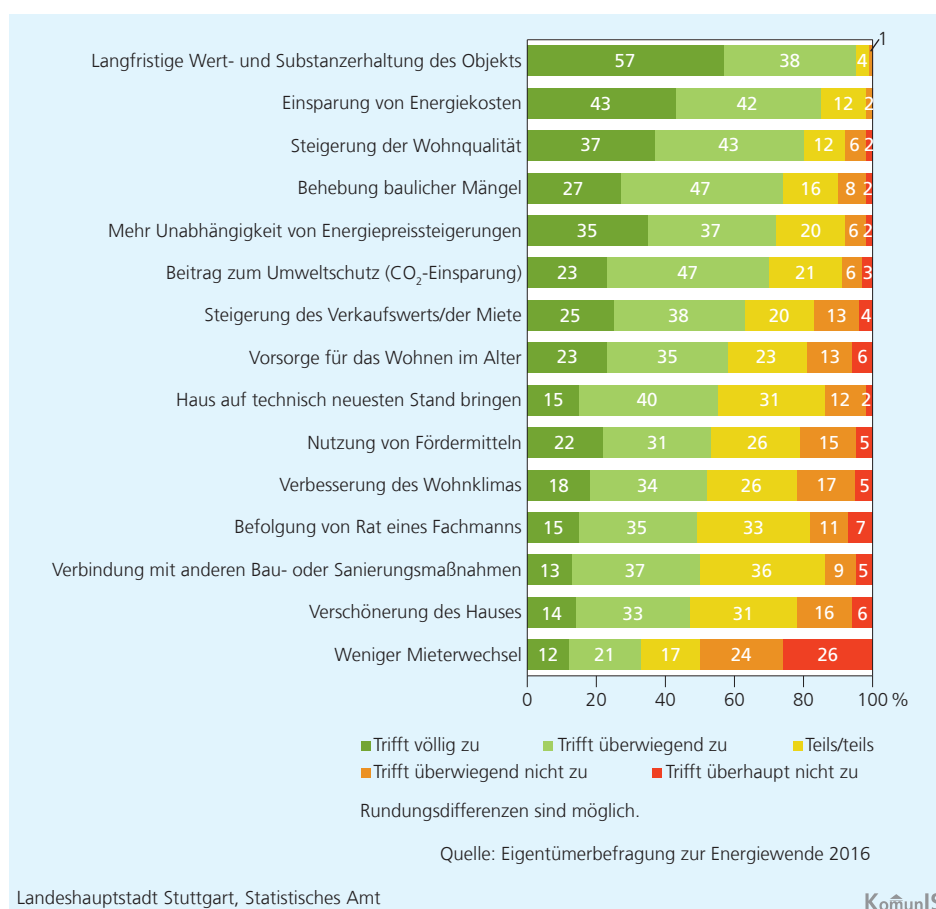
Obwohl der Energieausweis mit dem Inkrafttreten der EnEV 2009 für Wohngebäude bei Verkäufen oder Neuvermietungen Pflicht ist, lag der Mehrzahl der privaten Immobilienbesitzer zum Befragungszeitpunkt noch kein Ausweis vor. Nur etwa jeder dritte Privateigentümer hat einen Energieausweis für sein Gebäude. Dabei überwiegt der Verbrauchsausweis mit 24 Prozent vor dem bedarfsorientierten Energieausweis, über den 12 Prozent der Eigentümer verfügen. Der Großteil der zwischen 2000 und 2015 ausgestellten Energieausweise stammt aus dem Jahr 2008 (38 %), während in 2014 und 2015 zusammen nur rund 16 Prozent der Ausweise entstanden.

Investitionsmotive reichen vom Umweltschutz bis hin zu Gewinnerzielungsabsichten

Wichtigstes Investitionsmotiv ist die langfristige Wert- und Substanzerhaltung des Gebäudes

Wirtschaftlichkeit ist ein wesentliches Motiv für private Immobilienbesitzer energetisch zu sanieren. Darüber hinaus spielen auch mehrere andere Motive für die Entscheidung energieeffizient zu sanieren eine Rolle. Aus der Befragung wird deutlich, dass für fast alle privaten Eigentümer (95 %) die langfristige Wert- und Substanzerhaltung ihres Objekts ein entscheidender Investitionsgrund ist. Daneben stellen vor allem die Einsparung von Energiekosten sowie die Verbesserung der Wohnqualität wichtige Investitionsmotive für die Sanierung dar. Aber auch die Behebung baulicher Mängel, mehr Unabhängigkeit von den Energiepreissteigerungen sowie der Beitrag zum Umweltschutz und die Steigerung des Immobilienwerts beziehungsweise der Miete wurden häufig als Motivation genannt (vgl. Abbildung 8). Die Investitionsmotive sind dabei in allen Altersgruppen gleich gelagert.

Abbildung 8: Investitionsmotive privater Eigentümer in Stuttgart

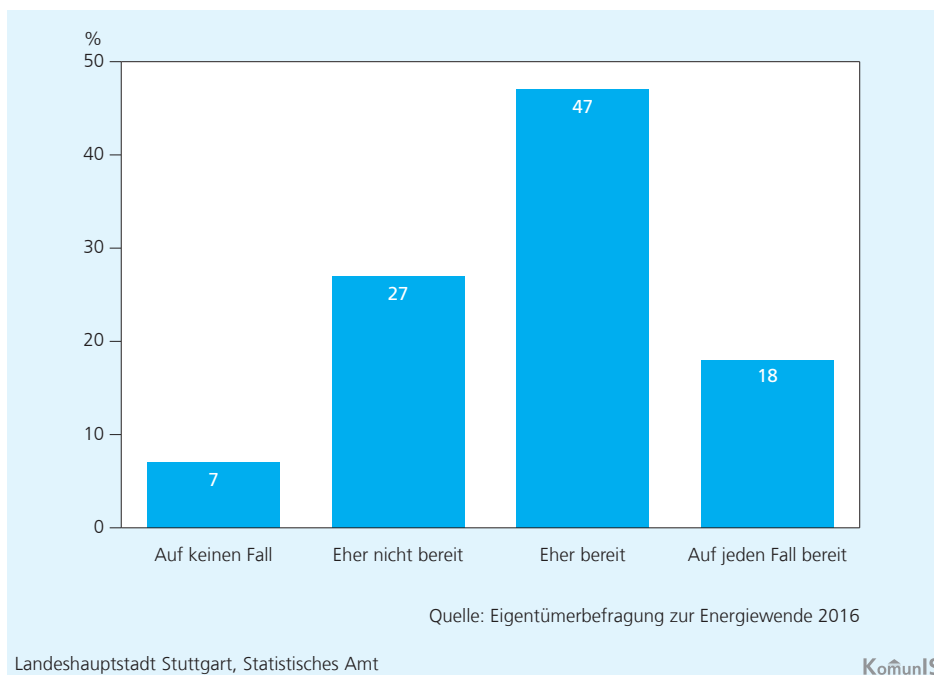


Grundsätzlich sind zwei Drittel der befragten Haus- und Wohnungseigentümer bereit, in den kommenden zehn Jahren (weitere) Maßnahmen zur energetischen Sanierung zu tätigen (65 % der Eigentümer). Jedoch beabsichtigen nur 18 Prozent auf jeden Fall in Maßnahmen zu investieren (vgl. Abbildung 9). Die allgemeine Sanierungsbereitschaft ist in allen Altersgruppen in etwa gleich hoch, lediglich in der Generation 65plus ist der Anteil der Sanierungsbereiten mit 60 Prozent leicht unterdurchschnittlich. Nur ein kleiner Teil von 7 Prozent der Eigentümer ist auf keinen Fall bereit, energetisch zu sanieren.

Nur 11 % der Gebäude sollen in den nächsten 10 Jahren energetisch umfassend saniert werden

Bei den geplanten Sanierungsmaßnahmen zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei den bereits ausgeführten Maßnahmen. Ein jeweils hoher Anteil der vor 2002 errichteten Häuser soll in den nächsten zehn Jahren eine neue Heizung (32 %) und/oder neue Fenster (29 %) erhalten. Bei etwa einem Viertel der Gebäude ist eine Dachsanierung geplant, 21 Prozent sollen eine Dämmung der Außenfassaden erhalten. Eine eher untergeordnete Rolle spielen auch künftig umfassende energetische Sanierungen.

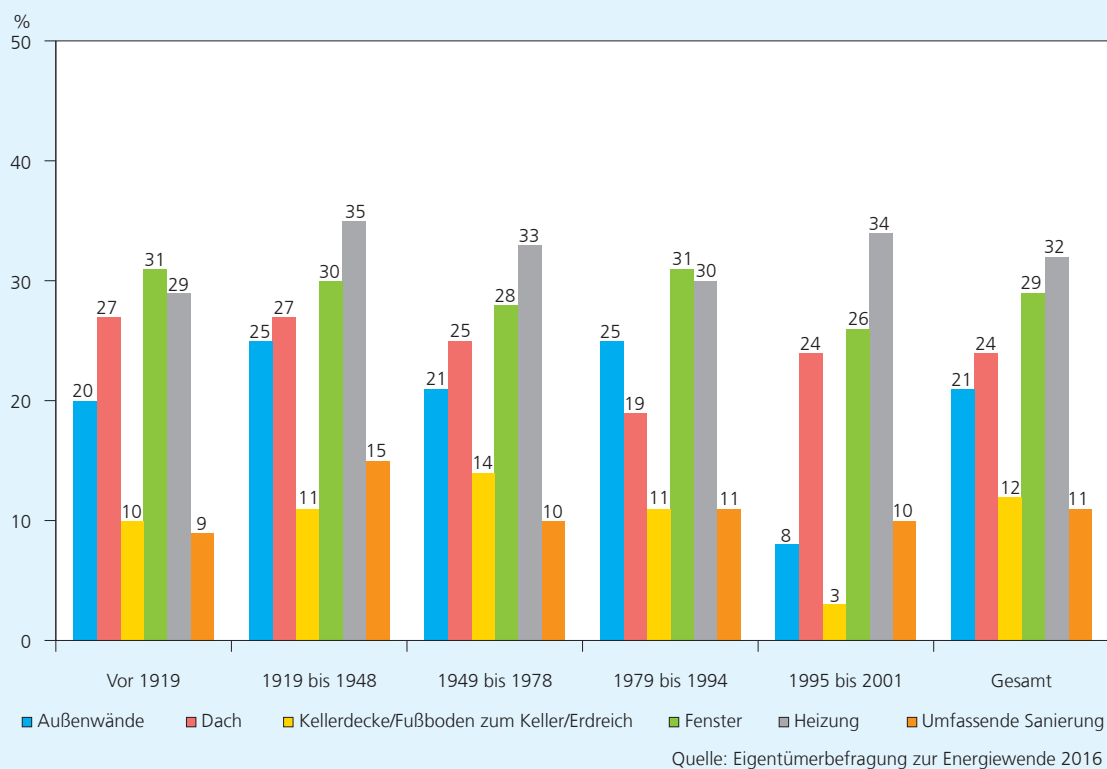
Abbildung 9: Bereitschaft zur energetischen Sanierung innerhalb der nächsten zehn Jahre von privaten Eigentümern in Stuttgart



So sollen lediglich 11 Prozent der Gebäude in den kommenden zehn Jahren umfassend energetisch saniert werden. Dies verdeutlicht, dass private Eigentümer momentan Einzelmaßnahmen für die energetische Sanierung ihrer Häuser bevorzugen, anstatt vollumfassende Sanierungen anzugehen. Bei Altbauten der Baujahre 1919 bis 1948 ist der Anteil der geplanten umfassenden Sanierungen mit rund 15 Prozent leicht überdurchschnittlich (vgl. Abbildung 10).

289

Abbildung 10: Geplante Sanierungsmaßnahmen in vor 2002 errichteten Wohngebäuden privater Eigentümer in Stuttgart



Hemmnisse der energetischen Gebäudesanierung sind vielschichtig

Gut ein Viertel der befragten Privateigentümer hat weder energetische Sanierungsmaßnahmen an seinem Haus/seiner Wohnung getroffen noch die Absicht, in den nächsten zehn Jahren in solche Maßnahmen zu investieren. Die Gründe dafür sind vielschichtig: 42 Prozent der Nicht-Sanierer sehen keine Notwendigkeit für eine Sanierung und für 41 Prozent rechnet sich die Sanierung altersbedingt nicht mehr. Auch die aus ihrer Sicht zu hohen Kosten für die Sanierungsmaßnahmen (39 %) und die unklare Rentabilität (33 %) sind wichtige Hemmnisse. Fehlenden Zugang zu Kapital und Unsicherheit über die gesetzlichen Vorgaben und Fördermöglichkeiten führten hingegen nur 16 beziehungsweise 13 Prozent der Nicht-Sanierer als Gegenargumente an. In 12 Prozent der Fälle herrscht Uneinigkeit der Eigentümer hinsichtlich einer Sanierung. In der Regel haben sich die Nicht-Sanierer bereits hinlänglich zum Thema energetische Sanierung informiert. Fehlende Informationen/mangelndes Wissen stellen nur für 7 Prozent ein Investitionshemmnis dar.

Abbildung 11: Sanierungshemmnisse privater Eigentümer in Stuttgart



Resümee

Privateigentümer sanieren vorwiegend in kleinen Schritten

Die Befragung gibt aufschlussreiche Einblicke in das energetische Sanierungsverhalten der Privateigentümer. An vielen Stuttgarter Wohngebäuden wurden bereits Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz getätigt. Insgesamt sind jedoch erst 15 Prozent der vor 2002 errichteten Wohngebäude im Besitz privater Eigentümer umfassend saniert. Private Eigentümer bevorzugen die energetische Sanierung ihrer Häuser in kleinen Schritten und wenn die Maßnahme für die Instandhaltung sowieso getätigt werden muss, anstatt eine vollumfassende Sanierung anzugehen. Finanzielle Erwägungen spielen dabei eine wichtige Rolle, da private Eigentümer Sanierungen vornehmlich mit Eigenkapital finanzieren und die Aufnahme von Fremdkapital eher vermeiden.

39 % der Wohngebäude ohne energetische Sanierungsmaßnahmen

Bei etwa 39 Prozent der betrachteten Wohngebäuden wurden noch keine energetischen Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass ein erheblicher Anteil des Stuttgarter Wohngebäudebestands einen hohen Sanierungsbedarf hat und wesentliche Energieeinsparpotenziale somit noch nicht genutzt werden. Um die ambitionierten Klimaschutzziele des Bundes und der Landeshauptstadt zu erreichen, gilt es daher künftig erheblich mehr Wohngebäude energieeffizient zu sanieren.

Ein Viertel der privaten Eigentümer hat an seinem Haus beziehungsweise seiner Wohnung noch keine energetische Sanierungsmaßnahme getroffen und derzeit auch keine Sanierungsabsicht. Neben dem fehlenden Investitionshorizont älterer Eigentümer konnten als zentrale Hemmnisse Zweifel an der generellen Notwendigkeit und der Wirtschaftlichkeit sowie die zu hoch angesehenen Investitionskosten identifiziert werden. Grundsätzlich bietet die Erhöhung finanzieller Anreize eine Möglichkeit zum Abbau von ökonomischen Sanierungshemmnissen. Zur Aktivierung der Nicht-Sanierer können auch (kostenlose) Angebote für Energieberatung und maßgeschneiderte Informationskampagnen einen wichtigen Beitrag leisten. Hausbesitzer, die eine Sanierung beabsichtigen, wünschen sich vor allem Beratung rund um die Maßnahmenfinanzierung. Eine kompetente und neutrale Anlaufstelle für die fachgerechte Gebäudesanierung und die Erneuerung ineffizienter Heizsysteme ist das Energieberatungszentrum Stuttgart e.V. (EBZ).

Autor:
Tobias Held
Telefon: (0711) 216-98580
E-Mail: tobias.held@stuttgart.de

Literaturverzeichnis:

Henger, Ralph; Hude, Marcel (2017): Die komplexe Förderlandschaft für energetische Gebäudesanierungen in Deutschland. Köln.

Landeshauptstadt Stuttgart (2016): Energiekonzept. Urbanisierung der Energiewende in Stuttgart. Stuttgart.

Renz, Ina; Hacke, Ulrike (2016): Einflussfaktoren auf die Sanierung im deutschen Wohngebäudebestand. Ergebnisse einer qualitativen Studie zu Sanierungsanreizen und -hemmnissen privater und institutioneller Eigentümer. Darmstadt.

Stieß, Immanuel; van der Land, Victoria; Birzle-Harder, Barbara; Deffner, Jutta (2010): Handlungsmotive, -hemmnisse und Zielgruppen für eine energetische Gebäudesanierung – Ergebnisse einer standardisierten Befragung von Eigenheimsanierern. Frankfurt am Main.

Robert Gunderlach

2015 nahezu 15 000 Pflegebedürftige in der Landeshauptstadt Stuttgart

Fast 3 Mio. Pflegebedürftige in Deutschland ...

In Deutschland bedurften zum Jahresende 2015 nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes rund 2,9 Mio. Menschen einer Pflege (+ 8,9 % gegenüber 2013), wobei 27 Prozent oder 783 000 Pflegebedürftige vollstationär in 13 600 Pflegeheimen von 730 000 Beschäftigten gepflegt wurden. Drei Viertel (73 %) der Pflegebedürftigen oder 2,08 Mio. Menschen wurden zu Hause gepflegt und versorgt, davon 1,38 Mio. pflegebedürftige Menschen zu Hause durch Angehörige sowie 692 000 pflegebedürftige Menschen zu Hause mit Unterstützung durch 13 300 ambulante Pflegedienste mit insgesamt 356 000 Beschäftigten.

Damit sind in Deutschland 3,5 Prozent oder anders ausgedrückt 35 von 1000 Einwohnern der Gesamtbevölkerung pflegebedürftig – bei 75- bis 84-Jährigen sind es 14,1 Prozent und bei 90+Jährigen sind zwei von drei Bundesbürger/-innen dieses hochbetagten Alters pflegebedürftig.

... 328 000 Pflegebedürftige in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg sind 2015 mehr als 328 000 Menschen gepflegt worden, davon 236 220 Pflegebedürftige zu Hause (72 %) und 92 077 Pflegebedürftige vollstationär in Heimen (28 %). Bis 2050 soll die Zahl der Pflegebedürftigen im Land nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes voraussichtlich auf mehr als das Doppelte ansteigen – auf dann 721 000 Pflegebedürftige und bundesweit soll die Zahl der Pflegebedürftigen auf über 4 Mio. steigen. Das bedeutet, dass künftig diese Entwicklung eine enorme Herausforderung für Angehörige, Pflegedienste und Pflegeheime darstellen wird.

In der Landeshauptstadt Stuttgart ist die Zahl der pflegebedürftigen Menschen von zuletzt 13 609 im Jahr 2013 auf 14 893 im Jahr 2015 gestiegen; in zwei Jahren also um 1284 Pflegebedürftige oder + 9,4 Prozent. Die Pflegequote bezogen auf die Gesamtbevölkerung Stuttgarts stieg in derselben Zeit auf 2,4 Prozent – also 24 pro 1000 Einwohner. Damit liegt Stuttgart immer noch weit unter dem Landesdurchschnitt (3,0).

Abbildung 1: Pflegebedürftige in Stuttgart 1999 bis 2015 nach Art der Leistung

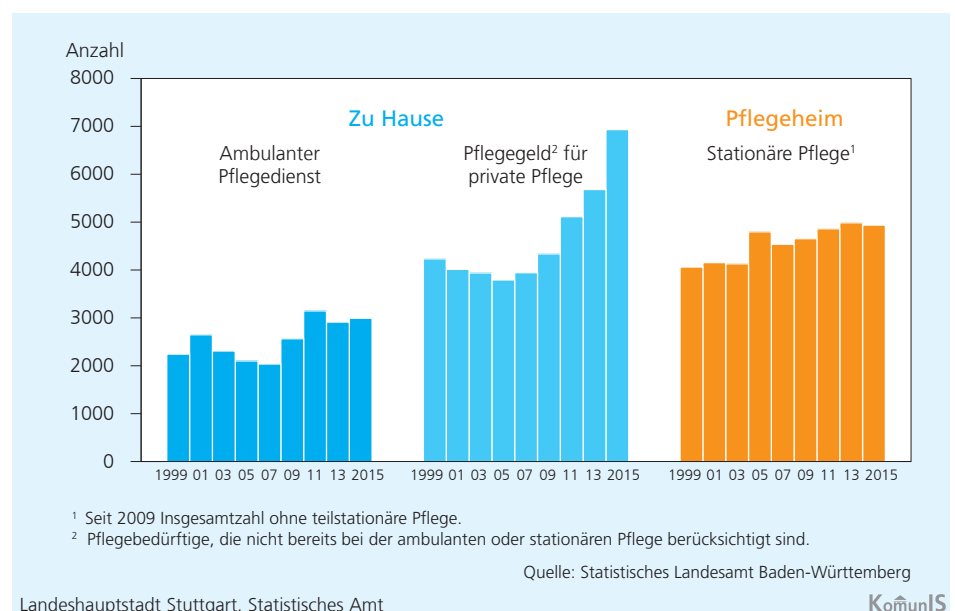


Tabelle 1: Pflegebedürftige in Stuttgart 1999 bis 2015 nach Art der Leistung

Jahr ¹	Ambulante Pflege zuhause	Pflegegeld ² zuhause	Stationäre Pflege	Insgesamt
1999	2 253	4 243	4 072	10 568
2001	2 657	4 023	4 164	10 844
2003	2 319	3 949	4 139	10 407
2005	2 111	3 802	4 807	10 720
2007	2 047	3 954	4 548	10 549
2009	2 574	4 347	4 664	11 585
2011	3 156	5 124	4 871	13 151
2013	2 922	5 691	4 996	13 609
2015	3 002	6 943	4 948	14 893

¹ Seit 2009 Gesamtzahl ohne teilstationäre Pflege.² Pflegebedürftige, die nicht bereits bei der ambulanten oder stationären Pflege berücksichtigt sind.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMuNIS

Pflegebedürftige je 1000 Einwohner in Stuttgart 1999: 19, 2015: 24

Den Anstieg der Pflegebedürftigen in Stuttgart erkennt man auch an der gestiegenen Maßzahl Pflegebedürftige je 1000 Einwohner. Diese ist seit 1999 kontinuierlich von damals 19 auf 24 angestiegen. Dies trifft auch auf die Zahl der Pflegeheimplätze zu, die statistisch von 7,6 auf 9,0 Pflegeheimplätze je 1000 Einwohner zugenommen hat. Wobei die Verteilung der Pflegebedürftigen nach Leistungsart zu berücksichtigen ist: Der Anteil der stationären Pflege ist rückläufig, von 38,5 Prozent im Jahr 1999 auf 33,2 Prozent im Jahr 2015. Das heißt, lediglich ein Drittel der Pflegebedürftigen ist auf einen Pflegeheimplatz angewiesen. Zwei Drittel der Pflegebedürftigen werden häuslich gepflegt – entweder durch ambulante Pflegedienste (20,2 %) oder private Pflege durch Angehörige (46,6 %). Letztere Pflegeart hat seit 1999 deutlich zugenommen.

293

Tabelle 2: Pflegebedürftige in Stuttgart 1999 bis 2015 nach Art der Leistung

Jahr	Insgesamt		Pflegeheimplätze je 1000 Einwohner	Ambulante Pflege	Stationäre Pflege ²		Pflegegeld ³ für private Pflege
	Anzahl	je 1000 Einwohner ¹			zusammen	darunter vollstationäre Pflege	
1999	10 568	19	7,6	21,3	38,5	97,5	40,1
2001	10 844	20	7,6	24,5	38,4	96,2	37,1
2003	10 407	19	7,5	22,3	39,8	95,7	38,0
2005	10 720	19	8,5	19,7	44,8	96,0	35,5
2007	10 549	19	8,0	19,4	43,1	95,4	37,5
2009	11 388	20	8,2	22,6	39,2	100,0	38,2
2011	12 978	21	8,6	24,3	36,2	100,0	39,5
2013	13 609	23	9,6	21,5	36,7	100,0	41,8
2015	14 893	24	9,0	20,2	33,2	100,0	46,6

¹ Mit Hauptwohnung gemeldete Einwohner.² Seit 2009 ohne teilstationäre Pflege.³ Stichtag 31.12.: Ohne Empfänger/-innen, die bereits bei der ambulanten oder stationären Pflege berücksichtigt worden sind.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMuNIS

Nur 13 % sind in Pflegestufe III eingestuft

Mindestlohn

Tabelle 3: Pflegebedürftige in Stuttgart 2015 nach Pflegeart und Pflegestufen

Die Einstufung der Pflegebedürftigen in Pflegestufen ist eine wesentliche Aufgabe des medizinischen Dienstes und die Grundlage für die finanziellen Leistungen aus der Pflegekasse. In Tabelle 3 zeigt sich, dass von den 14 893 Pflegebedürftigen in Stuttgart lediglich 13,4 Prozent oder 2001 Pflegebedürftige in Pflegestufe III eingestuft sind, über die Hälfte davon im stationären Bereich (1066). Demgegenüber ist die Einstufung in die Pflegestufe I mit 7984 Pflegebedürftigen (53,6 %) und der Pflegestufe II mit 4842 Pflegebedürftigen (32,5 %) deutlich häufiger anzutreffen. Wobei die Pflegestufe I mit 62,8 Prozent bei der privaten häuslichen Pflege und bei der ambulanten häuslichen Pflege mit 57,2 Prozent deutlich dominieren. In der stationären Pflege ist jede(r) fünfte Pflegebedürftige in Pflegestufe III und jeweils 38,5 Prozent in den Pflegestufen I+II (vgl. Tabelle 4).

Durch die neuen Pflegestärkungsgesetze werden Pflegebedürftige, Angehörige und

Pflegeleistung	Davon			
	Pflegebedürftige gesamt	Ambulante Pflege	Stationäre Pflege ¹	Pflegegeld für private Pflege
Pflegestufe I	7 984	1 718	1 905	4 361
Pflegestufe II	4 842	964	1 911	1 967
Pflegestufe III	2 001	320	1 066	615
Insgesamt	14 893 ²	3 002	4 948	6 943

¹ Plus 71 Personen nicht zugeordnet.

² Seit 2009 wegen Überschneidung ohne teilstationäre Pflege (197 Personen).

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

Tabelle 4: Pflegebedürftige in Stuttgart 2015 nach Pflegeart und Pflegestufen in Prozent

Pflegeleistung	Pflegebedürftige gesamt	Ambulante Pflege	Stationäre Pflege ¹	Pflegegeld für private Pflege
		%		
Pflegestufe I	7 984	57,2	38,5	62,8
Pflegestufe II	4 842	32,1	38,6	28,3
Pflegestufe III	2 001	10,7	21,5	8,9

¹ Plus 1,4 Prozent nicht zugeordnet.

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

Pflegekräfte weiter unterstützt und gestärkt (z. B. bessere Pflegequalität). Auch der Pflegebedürftigkeitsbegriff wurde neu definiert und ein neues Begutachtungsinstrument eingeführt. Damit erhalten künftig auch an Demenz erkrankte Menschen alle Leistungen der Pflegeversicherung. Ob dies Auswirkungen auf den Finanzbedarf der Pflegeversicherung hat, ist noch offen, kann aber zu einer Beitragserhöhung führen. Der Mindestlohn in der Pflege wird stufenweise angehoben. Zum 1.1. 2018 auf 10,55 Euro und zum 1.1.2019 auf 11,05 Euro sowie 11,35 Euro ab 1.1.2020 in den westdeutschen Bundesländern und Berlin. In den ostdeutschen Bundesländern

ist der Mindestlohn jeweils 50 Cent niedriger. Eine Angleichung West-Ost ist noch nicht gelungen. Eine Einigung über generell 30 Tage Urlaub steht auch noch aus.

Familienpflegezeit

Außerdem wurde eine Familienpflegezeit eingeführt, die eine schnelle Reaktion auf erwartete oder unerwartete Pflegebedürftigkeit durch Angehörige ermöglicht.

Neue Pflegegrade ab 1.1.2017

Und: Ab 1.1. 2017 wird die Einstufung nach fünf Pflegegraden (PG1-PG5) vorgenommen. Diese Einstufung ist mit der bisherigen Einstufung nicht mehr vergleichbar. Eine neue Statistikphase beginnt.

Tabelle 5: Indikatoren zur Pflegebedürftigkeit und zur pflegerischen Versorgung in der Region Stuttgart 2015

Regionaleinheit	Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung insgesamt	Anteil der 75-Jährigen und Älteren an der Bevölkerung insgesamt	Anteil der vollstationären Dauerpflege an den Pflegebedürftigen insgesamt	Auslastung der vollstationären Dauerpflege
	%			
Stadtkreis Stuttgart	2,4	9,5	33,2	91,4
Landkreise				
Böblingen	2,6	10,1	28,2	94,7
Esslingen	2,8	10,5	26,2	90,1
Göppingen	3,2	11,1	25,7	89,3
Ludwigsburg	2,7	10,0	28,2	91,1
Rems-Murr-Kreis	3,0	10,8	28,8	87,2
Baden-Württemberg	3,0	10,3	28,0	88,3

Quelle: Statistisches Bundesamt

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KoMunIS

Zwei Drittel der Pflegebedürftigen in Stuttgart sind Frauen, ein Drittel sind Männer.

Pflegebedürftige Frauen sind zahlenmäßig weiterhin an der Spitze, allerdings holen pflegebedürftige Männer deutlich auf. Denn die Zunahme der Pflegebedürftigen in Stuttgart seit 1999 erfolgte nach Geschlecht bei den zu pflegenden Männern von damals 3132 auf 5509 Männer im Jahr 2015, also um zahlenmäßig 2377 Stuttgarter oder + 75,9 Prozent. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der zu pflegenden Frauen mit einer damals bereits höheren Zahl von 7436 auf 9384 Frauen erhöht, also einer Erhöhung um 1948 Stuttgarterinnen oder lediglich um + 26,2 Prozent.

Wobei pflegebedürftige Frauen im Zeitraum von 1999 bis 2015 mit häuslichem Pflegegeld von 2452 auf 3913 am stärksten zugenommen haben (plus 1461 Frauen), mit ambulantem häuslichen Pflegebedarf von 1627 auf 2045 ergab sich ein moderater Zuwachs (plus 418 Frauen) und in der stationären Pflege von 3357 auf 3642 geschah der geringste Anstieg (plus 285 Frauen).

Bei den pflegebedürftigen Männern im gleichen Zeitraum ergab sich eine leicht andere Entwicklung: So hat bei diesen der Bedarf mit häuslichem Pflegegeld von 1791 auf 3030 zwar auch am stärksten zugenommen (plus 1239 Männer), aber der Zuwachs in der stationären Pflege von 715 auf 1655 Männer ist absolut (plus 940 Männer) bedeutender als bei den Frauen. Der ambulante häusliche Pflegebedarf von 626 auf 957 Männer im Zeitraum 1999 bis 2015 ist die geringste Vermehrung (plus 331 Männer).

Tabelle 6: Pflegebedürftige in Stuttgart 1999 bis 2015 nach Pflegeart und Geschlecht

Jahr	Pflegebedürftige						
	insgesamt ¹	ambulante Pflege	stationäre Pflege				Pflegegeld ²
			zusammen	vollstationäre Pflege	Kurzzeitpflege	teilstationäre Pflege	
Insgesamt							
1999	10 568	2 253	4 072	3 970	21	81	4 243
2001	10 844	2 657	4 164	4 007	49	108	4 023
2003	10 407	2 319	4 139	3 959	43	137	3 949
2005	10 720	2 111	4 807	4 616	68	123	3 802
2007	10 549	2 047	4 548	4 337	51	160	3 954
2009	11 388	2 574	4 664	4 381	86	197	4 347
2011	12 978	3 156	4 871	4 600	98	173	5 124
2013	13 609	2 922	5 292	4 996	109	296	5 691
2015	14 893	3 002	5 297	4 948	163	349	6 943
Pflegebedürftige Männer							
1999	3 132	626	715	682	8	25	1 791
2001	3 269	757	750	709	9	32	1 762
2003	3 259	705	784	734	14	36	1 770
2005	3 433	660	1 065	1 001	23	41	1 708
2007	3 444	647	1 060	988	19	53	1 737
2009	3 806	793	1 178	1 074	25	79	1 914
2011	4 576	1 019	1 284	1 167	39	78	2 351
2013	4 939	954	1 531	1 410	40	121	2 575
2015	5 509	957	1 655	1 522	64	133	3 030
Pflegebedürftige Frauen							
1999	7 436	1 627	3 357	3 288	13	56	2 452
2001	7 575	1 900	3 414	3 298	40	76	2 261
2003	7 148	1 614	3 355	3 225	29	101	2 179
2005	7 287	1 451	3 742	3 615	45	82	2 094
2007	7 105	1 400	3 488	3 349	32	107	2 217
2009	7 582	1 781	3 486	3 307	61	118	2 433
2011	8 402	2 137	3 587	3 433	59	95	2 773
2013	8 670	1 968	3 761	3 586	69	175	3 116
2015	9 384	2 045	3 642	3 426	99	216	3 913

¹ Seit 2009 ohne teilstationäre Pflege.² Pflegebedürftige, die nicht bereits bei der ambulanten oder stationären Pflege berücksichtigt sind.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Rasanter Anstieg der Pflegegeldbezieher

In absoluten Zahlen der Arten von Pflegeleistungen zeigen sich in Stuttgart von 1999 bis 2015 die unterschiedlichen Trends. Bei den Beziehern von Pflegegeld für die private häusliche Pflege gab es eine sehr deutliche Zunahme von 4243 auf 6943 also um 2700 pflegebedürftige Menschen, einem Plus von 63,3 Prozent. In der ambulanten Pflege zu Hause erfolgte ein Anstieg von 2253 auf 3002, also um 749 pflegebedürftige Menschen oder einer Erhöhung von + 33,2 Prozent. In den Stuttgarter Pflegeheimen ist die Zahl der stationär untergebrachten Pflegebedürftigen von 4072 Personen im Jahr 1999 auf 5297 Personen im Jahr 2015 gestiegen – ein Plus von 1225 stationär pflegebedürftigen Menschen oder + 30,1 Prozent. Künftig wird es einen weiteren Bedarf an Pflegeheimplätzen geben, weil aufgrund der Sozial- und Altersstruktur mehr alleinstehende Menschen und mehr Hochbetagte in der Stadtgesellschaft leben werden.

Ein Drittel in Pflegeheimen untergebracht

Ein Drittel (33,2 %) der insgesamt 14 893 Pflegebedürftigen in Stuttgart sind 2015 in einem der 69 Pflegeheime untergebracht gewesen. Zu Hause ambulant gepflegt durch einen der 68 Pflegedienste wurden 20,2 Prozent der Pflegebedürftigen und 46,6 Prozent der Pflegebedürftigen erhielten Pflegegeld für eine private Pflege meist von Angehörigen daheim. Somit werden im Stadtkreis Stuttgart zwei von drei pflegebedürftige Menschen häuslich gepflegt, wobei seit 1999 die private Pflege zu Hause deutlich zugenommen und die stationäre Pflege abgenommen hat, während die ambulante Pflege mit einem Fünftel in etwa gleichgeblieben ist.

Tabelle 7: Pflegeeinrichtungen und Personal in Stuttgart 1999 bis 2015

Jahr	Ambulante Pflege		Stationäre Pflege			
	Pflegedienste	Personal in Pflegediensten	Pflegeheime	verfügbare Plätze in Pflegeheimen		Personal in Pflegeheimen
				insgesamt	darunter vollstationäre Dauerpflege	
1999	51	1 044	45	4 443	4 267	3 271
2001	43	1 092	44	4 436	4 269	3 274
2003	52	1 157	44	4 447	4 262	3 457
2005	52	1 190	56	5 009	4 771	3 954
2007	62	1 345	55	4 964	4 692	3 732
2009	57	1 408	56	5 171	4 862	3 987
2011	72	1 891	63	5 539	5 191	4 540
2013	66	1 925	69	5 786	5 537	4 845
2015	68	2 135	69	5 595	5 321	4 964

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Tabelle 8: Basiszahlen zu den Pflegeeinrichtungen in der Region Stuttgart 2015

Regionaleinheit	Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen				
	ambulante Pflege		stationäre Pflege		
	Pflegedienste	Personal in Pflegediensten	Pflegeheime	verfügbare Plätze in Pflegeheimen	
				insgesamt	darunter vollstationäre Dauerpflege
Stadtkreis Stuttgart	68	2 135	69	5 595	5 321
Landkreise					
Böblingen	29	1 002	52	3 080	2 901
Esslingen	46	1 591	66	4 407	4 180
Göppingen	36	916	39	2 414	2 277
Ludwigsburg	46	1 576	80	4 438	4 268
Rems-Murr-Kreis	40	1 389	68	4 232	4 034
Baden-Württemberg	1 142	33 742	1 716	108 005	101 481

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KommunIS

Beschlossene Änderung der Ausbildung Pflegeberufe:

Nachrichtlich

hib – heute im Bundestag Nr. 383

21.6.2017

Gesundheit/Ausschuss

Berlin: (hib/PK) Nach monatelangen kontroversen Beratungen hat der Gesundheitsausschuss des Bundestages das heftig umstrittene Pflegeberufereformgesetz (18/7823) gebilligt. Für die in den Beratungen noch deutlich veränderte Vorlage stimmten am Mittwoch die Koalitionsfraktionen von Union und SPD. Die Opposition votierte gegen den Gesetzentwurf, Ursprünglich vorgesehen war ein durchgängig generalistisches Ausbildungskonzept, das die drei Berufszweige Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege vereinen sollte. Kritiker bemängelten jedoch, damit würde Spezialwissen in der Kinderkranken- und Altenpflege nicht mehr ausreichend vermittelt.

Der nun im Ausschuss verabschiedete Kompromiss sieht eine mindestens zweijährige generalistische Ausbildung vor sowie eine mögliche einjährige „Vertiefung“ in den Bereichen Kinderkranken- und Altenpflege. Künftig sind somit weiterhin differenzierte Abschlüsse möglich in der sogenannten Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie Altenpflege. Der Schwerpunkt liegt jedoch künftig in der Generalistik. Die Ausbildung dauert in Vollzeit drei Jahre, in Teilzeit maximal fünf Jahre und ist für die Auszubildenden künftig kostenlos. Das bislang in manchen Ländern noch erhobene Schulgeld entfällt. Voraussetzung für eine Pflegeausbildung ist ein mittlerer Schulabschluss oder ein Hauptschulabschluss mit abgeschlossener Berufsausbildung. Neu eingeführt wird eine Pflegeausbildung an Hochschulen. Das Studium dauert drei Jahre und soll unter anderem ein vertieftes Wissen über Grundlagen der Pflegewissenschaft vermitteln.

Mit der Ausbildungsreform soll der Pflegeberuf an neue Anforderungen angepasst werden. Die Generalistik wird als besonders wichtig erachtet, weil in den Krankenhäusern der Anteil älterer, demenziell erkrankter Patienten steigt und in den Pflegeheimen der medizinische Behandlungsbedarf der Bewohner zunimmt. Angesichts des Fachkräftemangels in der Pflege sollen die Einsatzfelder von Pflegern durch Wechselmöglichkeiten vergrößert werden. Die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen monierten unter anderem, dass die notwendige Ausbildungs- und Prüfungsverordnung noch gar nicht vorliege. Dies sei ein schwerer Mangel.

Autor:

Robert Gunderlach

Telefon: (0711) 216-98552

E-Mail: robert.gunderlach@stuttgart.de

Wohnungsmarkt Stuttgart 2017



Wohnungsmarkt Stuttgart 2017

Einleitung: Der Stuttgarter Wohnungsmarkt

Wohnungsmarktdaten auf einem Blick

- 1 Wohnungspolitische Ziele und Maßnahmen
- 2 Wohnungsnachfrage
- 3 Wohnungsangebot
- 4 Immobilienpreise und Mieten
- 5 Wohnungsbedarf und Wohnungsbaupotenziale
- 6 Angespannter Wohnungsmarkt
- 7 Geförderter Wohnungsmarkt
- 8 Wohnungsmarktregion Stuttgart

2017, 98 Seiten, zahlreiche Tabellen, Grafiken und Karten

11 € (zuzüglich Versandkosten)

ISSN 1431-0996

Landeshauptstadt Stuttgart Statistisches Amt

Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart

Telefon 0711 216-98587
Telefax 0711 216-98570

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik

Veröffentlichungen zu den Themen:

Wohnungsmarkt Stuttgart 2017,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Themenheft 1/2017

Einbruchsprävention im Wohngebiet,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Themenheft 2/2016

Werner Münzenmaier:

Wirtschaftliche Leistungskraft in Stuttgart und den anderen deutschen Großstädten Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen 2000 bis 2014,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 7/2017, S. 192-206

Jochen Gieck:

Einbruchschutz durch aufmerksame Nachbarschaft,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 3/2016, S. 61-64

Ulrich Stein:

Energetische Sanierungen und Heizkostenersparnisse,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 9/2011, S. 305-310